

«Debatte»

bfs Zeitschrift der Bewegung für den Sozialismus | Winter 2011/2012 | Nr. 19 | Verkaufspreis: Sfr. 3.–



Englands Bevölkerung wehrt sich

London-Hackney, 8. August 2011

Sozialfirmen

Wie und warum mit Erwerbslosen Profite gemacht werden.

Deutschland

Deutschlands Lokführer streiken für bessere Arbeitsbedingungen.

Bleiberecht

Wie viel Autonomie braucht die Sans-Papiers-Bewegung?

Editorial

England war für Marx die konkrete historische Gesellschaftsformation, an der er den Kapitalismus untersuchte. De te fabula narratur! Diese Worte richtete er an die deutsche Leserschaft: In England wird eure Geschichte geschrieben. Da seht ihr, welche Zukunft euch erwartet. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts dachte Engels, nur in England könnte der Kapitalismus auf friedlichem Weg überwunden werden. Als Hilferding, Lenin und Luxemburg die marxistische Imperialismustheorie entwickelten, hatten auch sie das britische Empire als führende Kraft vor Augen.

Der Gegensatz zu heute ist augenfällig: Auf dem europäischen Kontinent interessiert sich die Linke kaum noch dafür, was jenseits des Ärmelkanals geschieht. Doch Grossbritannien ist im globalen Kapitalismus keineswegs bedeutungslos geworden. Denken wir nur an die Londoner City oder die britische Sonderrolle als Junior Partner der amerikanischen Streitkräfte. Und vielleicht gilt in gewisser Hinsicht erneut: De te fabula narratur! Steht Grossbritannien heute nicht beispielhaft für die Krisendynamik eines Kapitalismus, der die Wohlstandsversprechen der Nachkriegszeit aufkündet?

Die Londoner Jugendunruhen haben Anfang August vorübergehend die internationale Medienaufmerksamkeit angezogen. Wer länger und genauer hinschaut, sieht ein Land, in dem seit 2010 verschiedene Protestbewegungen vor dem Hintergrund der tiefsten sozialen Krise seit Jahrzehnten ausbrechen.

Die Redaktion

Zur Debatte...

GROSSBRITANNIEN ZWISCHEN KRISE UND PROTEST

- ▶ Grossbritannien: Zwei Millionen haben am 30. November im öffentlichen Sektor gestreikt: der vorläufig letzte Höhepunkt einer Reihe von Protestbewegungen in Grossbritannien. 3
- ▶ Die Jugendunruhen: Grossbritannien hat einen unruhigen Sommer hinter sich. Jugendliche zeigten sich militant auf der Strasse. Eine geschichtliche Übersicht über das periodische Auftauchen des «Mobs». 6

INTERNATIONAL

- ▶ Griechenland: Die neue Regierung ist die Regierung der Kredithaie. Nur gemeinsam haben die linken Kräfte eine Chance, die Politik des Landes zu ändern. 10
- ▶ Deutschland: Seit April 2011 streiken Lokführer in Deutschland. Hintergründe und Entwicklungen eines Arbeitskampfes. 12

NEUE LINKE

- ▶ Bleiberecht: Die Bewegung ist seit drei Jahren aktiv im Kampf gegen Rassismus und Ausbeutung. Strategische Diskussionen gerieten stets zu kurz. Darstellung einer Position zur Eröffnung einer Debatte. 15

SCHWEIZ

- ▶ Sozialfirmen: In Basel hat die Dock AG eine neue Filiale eröffnet. Ein kritischer Bericht aus der Welt der Sozialfirmen. 18

KULTUR

- ▶ Arabischer Frühling: Der tunesische Regisseur Ridha Tlili fragt nach der «Revolution der Bilder». 20

WISSENSCHAFT

- ▶ Avantgarde-Diskussion: Das Beispiel Griechenland zeigt, warum eine Avantgarde neuen Typs notwendig ist. 22

Seit dem Amtsantritt der konservativ-liberalen Regierung (2010) erlebt Grossbritannien eine Reihe von Protestbewegungen. Der grosse Streik vom 30. November war der vorläufig letzte Höhepunkt. Es ist wichtig, die in den Medien bereits wieder vergessenen Jugendunruhen von Anfang August vor dem Hintergrund der sozialen Krise zu betrachten, die sich auf der Insel verschärft.

Peter Streckeisen

Der grösste Streik seit Jahrzehnten

Am 30. November haben in Grossbritannien über zwei Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst gestreikt. Laut Gewerkschaftsangaben blieben 80 bis 90 Prozent der öffentlichen Schulen geschlossen. In den Spitälern wurden Tausende nicht dringender Operati-

musst du neue Rückschläge einstecken. Es ist einfach keine Wertschätzung da.» Mit Bezug auf die Pläne der Regierung, das Rentenalter auf **67 Jahre anzuheben**, fügt sie an: *«Ich werde nicht mehr stark genug sein. Leute aus dem Bett holen und ins Bett bringen, sie beim Gehen unter-*

in früheren Verhandlungen Verschlechterungen akzeptiert zu haben.³ TUC-Generalsekretär Brendan Barber ist nun offensichtlich zum Schluss gekommen, dass seine Glaubwürdigkeit auf dem Spiel steht, wenn er die Regierungspläne einfach so akzeptiert.

... und gegen den Ausverkauf der öffentlichen Dienste

Die Proteste richten sich aber nicht nur gegen die Rentenpläne der Regierung. Seit die konservativ-liberale Koalition unter David Cameron letztes Jahr die Regierungsgeschäfte übernommen hat, wurden massive Abbaumassnahmen und Restrukturierungen im öffentlichen Sektor angekündigt. Weder das Bildungswesen noch die Gesundheitsversorgung oder die Sozialhilfe werden verschont. Sogar die öffentlichen Wälder sollten privatisiert werden. Zudem wurde die Bevölkerung durch den Skandal um den Medienzar Rupert Murdoch aufgerüttelt. Als bekannt wurde, dass Verantwortliche seines Konzerns *News Corporation* in illegale Abhörpraktiken verwickelt waren, wurde nicht nur klar, dass die Polizei dabei – mit oder ohne Bestechungsgelder – beide Augen zuge- drückt hatte. Es wurde auch thema-

tisiert, dass sich alle hochrangigen Politiker des Landes an gesellschaftlichen Anlässen vergnügt hatten, die Murdoch durchführen liess. Vor diesem Hintergrund wurde im letzten Juli der geplante Verkauf des Fernsehsenders *BSkyB* an Murdoch gestoppt.

Entsteht ein neuer Protestzyklus?

Dem Streiktag vom 30. November ist eine Reihe wichtiger Mobilisierungen vorausgegangen. 2010 protestierten die Studierenden gegen die massive Erhöhung der Studiengebühren. Im November 2010 wurde die *Coali-*



Die Massenmobilisierung vom 30. November 2011

«Viele Beschäftigte haben zum ersten Mal in ihrem Leben nicht nur gestreikt, sondern überhaupt an Streik gedacht.»

onen aufgeschoben. Das Bildungs- und Gesundheitswesen waren die aktivsten Bereiche der Mobilisierung, gut organisierte Streikposten waren allenthalben zu sehen. Es war der grösste Streik seit Jahrzehnten.

Widerstand gegen Rentenabbau...

Viele Beschäftigte haben zum ersten Mal in ihrem Leben nicht nur gestreikt, sondern überhaupt an Streik gedacht. In der Zeitung *The Guardian* kommt eine Physiotherapeutin zu Wort: *«Ich finde es schrecklich zu streiken. Aber du gibst alles in deinem Job, und ständig*

*stützen... Ich weiss nicht, ob ich das mit 67 noch kann.»*¹

Der Streik richtete sich gegen die Pläne der Regierung im Bereich der Altersvorsorge für die Angestellten des öffentlichen Sektors. Wenn es nach Premierminister Cameron geht, sollen die Beschäftigten gleich drei Mal zur Kasse gebeten werden: Erstens durch eine Erhöhung der Beiträge an die Altersvorsorge; zweitens durch eine Umstellung des Mechanismus, mit dem die Teuerung ausgeglichen wird²; und drittens durch die Erhöhung des Rentenalters. Der Gewerkschaftsdachverband TUC beruft sich darauf, bereits

«Eine Physiotherapeutin: Ich werde mit 67 Jahren nicht mehr stark genug sein, Leute aus dem Bett zu holen und ins Bett zu bringen, sie beim Gehen zu unterstützen.»



«Banker sind die grössten Plünderer.»

tion of Resistance gegründet, ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, Hilfswerken und linken Gruppierungen. Am 26. März 2011

verschiedene Sektoren der Bevölkerung gemeinsame Interessen entdecken könnten. Um die Heftigkeit und die Reichweite der Proteste

Der Angriff auf die Gesundheitsversorgung

Die öffentliche Gesundheitsversorgung Grossbritanniens NHS (*National Health Service*) ist das Herzstück des britischen Sozialstaats und gilt international als Gegenmodell zu privaten und marktorientierten Systemen. Gesundheitsminister Lansley hat einen umfassenden Plan lanciert, um den NHS umzugestalten: die Budgethoheit soll von den öffentlichen *Primary Care Trusts* auf neue Gremien (*Clinical Commissioning Groups*) übergehen, in denen formal die Ärzte das Sagen haben – aber faktisch werden die-

se die Aufgabe an private Berater delegieren. Krankenhäuser werden privatisiert (für Aufsehen sorgte jüngst der Vertrag mit der Firma *Circle Healthcare* zur Übernahme des verschuldeten *Hinchingbrooke Hospital*) und die Konkurrenz zwischen den einzelnen Anbietern angekurbelt. Ambulante Pflegeleistungen müssen ausgeschrieben werden, damit sich auch private Anbieter bewerben können. Die geplanten Massnahmen stossen unter den Ärzt_innen und im Pflegepersonal auf Ablehnung.

haben eine halbe Million Menschen in London gegen die Regierung protestiert; dies war der Höhepunkt einer Reihe von Demonstrationen seit Beginn des Jahres. Anfang August schliesslich wurden London und weitere britische Städte durch heftige Jugendunruhen erschüttert, auf welche die Regierung ähnlich brutal zu reagieren versuchte wie Sarkozy (damals noch als Innenminister) 2005 in Frankreich (siehe den folgenden Artikel).

Studentische Proteste, Massendemonstrationen, Jugendunruhen und Streiks im öffentlichen Sektor: Das sind sehr unterschiedliche Protestformen. Die einen entstehen eher spontan von unten, die anderen stehen weitgehend unter der Kontrolle der Gewerkschaften. Dennoch stellt sich die Frage, ob in Grossbritannien ein neuer Protestzyklus entsteht, in dem ver-

zu verstehen, ist ein Blick zurück angebracht.

Als Finanzminister Osborne einen Tag vor dem Streik im öffentlichen Sektor ankündigte, dass die Regierung auch in den kommenden Jahren Budgetkürzungen vornehmen müsse – auf dem Programm stehen zum Beispiel Kürzungen bei Steuerkrediten für einkommensschwache Familien, auf Grund derer etwa 100'000 Kinder unter die Armutsgrenze fallen werden – schrieb Larry Elliot

«Etwa 100'000 Kinder werden unter die Armutsgrenze fallen.»

in der Zeitung *The Guardian*, Grossbritannien stehe heute schlechter da als in den 1970er Jahren.⁴ Er bezieht sich auf die Zeit, als die Labour-Regierung vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise und eines spekulativen Angriffs der Finanzmärkte auf das britische Pfund durch den Internationalen Währungsfonds skizzierte Massnahmen umsetzte und der konservativen Revolution unter Premierministerin Margaret Thatcher (1979-1990) den Weg bereitete.

Neuaufgabe der Schockstrategie

Die *Iron Lady* hat zu Beginn ihrer Amtszeit nicht nur einen offenen Klassenkampf gegen die Gewerkschaft der Minenarbeiter ausgefochten, sondern auch wichtige Privatisierungen in die Wege geleitet (allen voran die Eisenbahn und die Post). Nach dem Schock der konservativen Revolution konnte Tony Blair (1997-2007) mit seiner Neuerfindung der Sozialdemokratie (*New Labour*) den Anspruch erheben, eine auseinander brechende Gesellschaft zu reparieren. Auf den offenen Klassenkampf von oben erfolgte das *Social Engineering* mit dem Ziel, die britische Arbeiterklasse neu zu erziehen und an die Globalisierung anzupassen. So hat *New Labour* zwar einen gesetzlichen Mindestlohn und neue Sozialhilfeleistungen eingeführt, aber die Probleme am Arbeitsmarkt nicht gelöst und die Privatisierungsagenda in der Form

«Auf dem Papier ist es einfach, Jugendunruhen und Streiks im öffentlichen Dienst zu verbinden. Ob sich tatsächlich eine entsprechende Dynamik abzeichnet, kann aber noch nicht gesagt werden.»

von *Public Private Partnerships* weitergeführt. Die neue konservativ-liberale Regierung ist sich in vielen Punkten einig mit *New Labour*.⁵ Aber sie sieht sich mit einer neuen Wirtschaftskrise konfrontiert, setzt harte Sparmassnahmen an und spricht eine andere Sprache, welche ältere Menschen an den Thatcher-Schock erinnert und Jüngere provoziert.

Laut dem *Institute for Fiscal Studies* wird das durchschnittliche Haushaltseinkommen in Grossbritannien zwischen 2009/10 und 2012/13 um 7.4 Prozent sinken; seit 1974-77 hat es keinen vergleichbaren Rückgang gegeben.⁶ Die Erwerbslosenquote hat mit 8.3 Prozent den höchsten Stand seit 1996 erreicht. Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt **21.9 Prozent; über eine Million junger Menschen sind erwerbslos⁷ und es gibt eine öffentliche Diskussion über die Entstehung einer dauerhaft verfestigten Unterklasse.⁸** Auf dem Papier ist es also einfach, einen Zusammenhang zwischen den Jugendunruhen und den Streiks im öffentlichen Dienst herzustellen. Ob sich in der gesellschaftlichen und politischen Realität eine entsprechende Dynamik abzeichnet, kann hingegen noch nicht gesagt werden. ♦

1 «Public sector strike rookies in a tangle of emotions and convictions.» *The Guardian* 30.11.2011

2 Die Regierung will sich in Zukunft nicht mehr auf den Einzelhandelspreisindex (RPI) stützen, sondern auf den Konsumentenpreisindex (CPI), um die Renten an die Teuerung anzugleichen. Mit dieser schein-

bar technischen Änderung wird das Rentenniveau über die Jahre hinweg um bis zu 15 Prozent gesenkt.

3 «The Case for Pensions Justice.» *TUC Day of Action 30 November*

4 «Osborne's autumn statement shows a Britain worse than it was in the 1970s.» *The Guardian* 30.11.2011

5 **Zwei Beispiele für Kontinuitäten der Regierungspolitik:** Die Privatisierung einzelner NHS-Spitäler wurde von der Labour-Regierung unter Brown vorbereitet und nun durch die konservativ-liberale Regierung begonnen. Die Initiative zur Gründung «freier Schulen», die durch Private finanziert und verwaltet werden können, baut auf die Schaffung der Akademien im Jahr 2000 unter Tony Blair auf; es ging damals darum, einen Teil der Schulen der Kontrolle durch lokale öffentliche Verwaltungen zu entziehen.

6 «The big squeeze: warning over incomes as Britain goes on strike.» *The Guardian* 1.12.2011

7 «Youth unemployment hits 1 million.» *The Guardian* 16.11.2011

8 «Permanent underclass is emerging in UK, businesses warn.» *The Guardian* 17.11.2011

9 «Andrew Lansley's NHS is all about private sector hype.» *The Guardian* 11.11.2011

10 Die Chartisten-Bewegung kämpfte Mitte des 19.



«Stellt den öffentlichen Dienst wieder her!»

Jahrhunderts für soziale und politische Reformen in England. Sie gilt als erste Massenbewegung der Arbeiterklasse in der Geschichte des Kapitalismus. Engels beschreibt diese Bewegung in seinem Text «Die Lage der arbeitenden Klasse in England» (1845).

Tony Benn oder die Weisheit des ehemaligen Ministers

Der Präsident der britischen *Coalition of Resistance* ist 86 Jahre alt. In den 1960/70er Jahren diente er zwei Mal als Minister in Labour-Regierungen. In einem autobiographischen Text hat er festgehalten: «Als Minister habe ich die Macht der Industriellen und Banker erfahren, die auf grösste Weise, bis hin zu Drohungen, wirtschaftlichen Druck auf eine Labour-Regierung ausübten.

Diese Macht wurde 1976 noch deutlicher, als der IWF für Kürzungen unserer Staatsausgaben sorgte. Ich habe gelernt, dass Grossbritannien nur oberflächlich durch das Parlament und die Wählerschaft regiert wird. In Wirklichkeit ist die parlamentarische Demokratie nicht viel mehr als eine Art und Weise, von Zeit zu Zeit das Management-Team auszuwechseln, das ein System verwalten

darf, welches unverändert bleibt. Wenn die britische Bevölkerung sich einmal fragen würde, wie viel Macht sie in unserem politischen System hat, wäre sie überrascht zu erkennen, wie wenig es ist. Dann könnte eine neue Bewegung von Chartisten¹⁰ entstehen und an Dynamik gewinnen.»

(Tony Benn: *Out of the Wilderness: Diaries 1963-67*. Arrow 1988)

Im letzten August erschoss die britische Polizei bei einer Verhaftung einen Menschen mit schwarzer Hautfarbe, worauf Grossbritannien eine Welle der Jugendunruhen erlebte. Sind es nun Chaoten und Kleinkriminelle, oder doch politische Subjekte, die sich so artikulierten? Der Beitrag rollt die Frage von ihrem geschichtlichen Hintergrund her auf. (Red.)

Lindsey German und John Rees*

Kurze Geschichte der Londoner Unruhen

Poliker_innen und Journalist_innen haben sich beeilt, die Unruhen als «reine Kriminalität» zu denunzieren. Über die Jahrhunderte hinweg ertönte von Seiten jener, die die herrschende Ordnung verteidigen, stets der gleich-

wäre. Als Regierungssitz war London das natürliche Zentrum für Proteste gegen die Monarchie und später gegen das Parlament. Der Bauernaufstand von 1381 endete in London, als die Bürger_innen die Stadttore

auf. Wie heute wurden auch damals einige Unbeteiligte Opfer der Unruhen (damals waren es flämische Kleiderhändler_innen, die als Handelsrivalen wahrgenommen wurden). Die Bäuerinnen und Bauern erzwangen vom

König freies Geleit, bevor die Anführer der Aufständischen durch Richard II. ausgetrickst und vom Verhandlungsort Smithfield verjagt wurden. Dennoch brannte sich die Revolte in das kollektive Gedächtnis der Aristokratie ein, und die Sondersteuern wurden tatsächlich abgeschafft.

Frauen und junge Handwerker tragen die Revolution

Die neue protestantische Religion breitete sich in jenen Teilen Europas am stärksten aus, in denen die kapitalistische Produktion ihren Aufschwung nahm. In London fasste sie ab dem 16. Jahrhundert Fuss. Prediger, Glaubensschriften und Pamphlete rund um die neue Religion waren in der Londoner Bevölkerung beliebt, während die politische Debatte sich vornehmlich in religiösen Bahnen bewegte und die Handlungen von König und Aristokratie die Sprache der Theologie sprachen. Im Zuge der englischen Revolution von 1641 und danach radikalisierte sich London zunehmend. Treibkraft des revolutionären Fortschritts in dieser

Zeit waren untern anderem die Frauen, die im Verlauf der revolutionären Krise das Parlament belagerten. Auch die Londoner Lehrlinge standen an der Spitze der Revolution. Der König wurde durch die Bevölkerung aus London vertrieben. Die Royalisten gewannen in der Hauptstadt ihren Handlungsspielraum nicht mehr zurück und verloren ihren Einfluss auf London für den Rest der revolutionären Zeit. Die Initiative für die Hinrichtung des Königs nach dem Zweiten Bürgerkrieg kam von London und ihren ra-



Die Gordon-Unruhen von 1780.

«Erst im 18. Jh. trat die Londoner Bevölkerung wirklich für sich selbst in Aktion: Der ‚Londoner Mob‘ war fähig, das Parlament zu belagern, zu demonstrieren, zu randalieren und die Reichen anzugreifen.»

che Aufschrei gegen jegliche Unruhen in London.

Der «Londoner Mob» war fast seit der Gründung der Stadt ein Gegenstand der Angst für die Londoner Reichen. Die Grösse und Eigenschaften von London öffneten die Stadt immer wieder für Prozesse der Radikalisierung. Grosse Gruppen von Menschen lebten und arbeiteten zusammen und entwickelten Ideen gegen Autoritäten, wie es auf diese Weise in ländlichen Gebieten oder kleineren Städten viel weniger gut möglich gewesen

öffneten und den Zehntausenden Bäuerinnen und Bauern unter Führung von John Ball und Wat Tyler Einlass gewährten (und die Plünderung der Stadt ermöglichten). Die Aufständischen brannten den Palast von John of Gaunt (Johann von Gent, Sohn König Eduards III.) am Savoy-Platz nieder. Im Kampf gegen die Erhebung der Sondersteuern zur Finanzierung des Hundertjährigen Krieges exekutierten sie den Schatzkanzler von England, Robert Hales. Sie brachen die Tore der wichtigsten Gefängnisse der Stadt

«Tatsächlich scheint der Mob durch die Jahrhunderte hindurch eine der dauerhaftesten Formen radikalen Protests zu sein.»

dikalsten Bevölkerungsschichten. Sie bildeten auch zu einem guten Teil die Basis der Partei der Levellers (etwa «Gleichmacher», was ihnen zunächst als Spottnamen angehängt wurde). Diese bildeten mit ihren Anführern John Lilburne und Richard Overton den wichtigsten Bestandteil der Linken in der Revolution. Lilburne selber war ein ehemaliger Lehrling und richtete das Wort oft an die «apron youth» (die Jugend mit der Handwerkerschürze) von London. Das waren jene jungen Menschen ohne feste Anstellung, welche den kämpferischsten Teil der Masse bildeten.

Auftritt des «Mobs»

Aber erst im 18. Jh. trat die Londoner Bevölkerung wirklich für sich selbst in Aktion. Der «Londoner Mob», eine Bezeichnung für die Massenaufmärsche in London bei einer Vielzahl von Gelegenheiten und Anliegen, war fähig das Parlament zu belagern, zu demonstrieren, zu randalieren und die Reichen anzugreifen. Der Mob war auch ein Kommunikationsmedium, über das sich Neuigkeiten und Informationen wie ein Buschfeuer verbreiteten. Der Begriff «Mob» stammt vom Lateinischen «mobile vulgus» («beweglicher Pöbel»), im 18. Jh. geprägt zur Benennung der werktätigen Armen. Nach dem Historiker Peter Linebaugh kann das Wort im Sinn von «Bewegung» übersetzt werden, was den Zusammenhang mit Protest sichtbar macht. Die Kampagne von Mitte des 18. Jh. zur Unterstützung von John Wilkes, der gegen den Willen von König und Parlament in dieses Gremium wiedergewählt werden wollte, war begleitet von wiederholten Mobilisierungen des Mob mit dem Ausruf: «Wilkes and Liberty» (Wilkes und Freiheit). In Zuge einer der zahlreichen Unruhen dieser Zeit schlug der Mob die Fenster von Mansion House, dem Amtssitz des Bürgermeisters, ein. Gleiches geschah mit jedem wohlhabenden Haus, deren Besitzer Wilkes nicht unterstützen wollten. Dabei herrschte eine komplizierte Beziehung zwischen dem Mob und den Ober- und Mittelschichten, die zumin-



Jugendkrawalle in Brixton 1981.

dest teilweise die Handlungen der Massen für ihre eigenen politischen Ziele guthiessen und tolerierten: *«Die Londoner Bevölkerung, welche Wagen aufhielt und die Fenster der Mächtigen einschlug, wusste, dass ihre Handlungen gebilligt wurden.»*

Blutige Niederschlagung der Proteste

Unter den Aktionen des Mob im 18. Jh. sind die Gordon-Unruhen von 1780 die bekanntesten. Auch wenn in diesem Zusammenhang noch immer Einiges kontrovers diskutiert wird, besteht wenig Zweifel daran, dass es sich um die authentische Stimme des Mob handelte. Die Unruhen brachen im Zusammenhang mit der Übergabe einer Petition an das Parlament betreffend die Duldung der Katholiken aus – Ausdruck einer bleibenden Angst der Londoner Protestanten seit den Zeiten der Restauration. Viele unter den Demonstrant_innen waren angesehene Bürger und Mitglieder der religiösen protestantischen Strömung der «Dissenters», welche die offizielle anglikanische Kirche ablehnten und unter der Führung des schottischen Aristokraten Lord George Gordon standen.

Die Demonstration ging in einen Aufstand über, als das Unterhaus des Parlaments sich weigerte, die Petition zur Diskussion zu stellen. Teile der aufgelaufenen Menschen – Lehrlinge, Dienstpersonal und Handwerker, also die Ärmsten, zusammen mit einigen Kriminellen und Prostituierten – begannen zu randalieren. Die Niederschlagung der Gordon-Unruhen, in deren Verlauf Hunderte durch die Armee getötet und einige gehängt wurden, war die letzte grosse Äusserung des Mob im 18. Jh., auch wenn dieser nie ganz verschwand. Tatsächlich scheint es sich, trotz aller Unterschiede in Zusammensetzung und politischen Zielen durch die Jahrhunderte, um eine der dauerhaftesten Formen von radikalem Protest der Bevölkerung zu handeln.

Angst vor der französischen Revolution

Die Auswirkungen der Französischen Revolution auf London veränderten die Art der Proteste. Die Infragestellung von Privilegien und Besitz schwappte 1789 über den Ärmelkanal und schockierte die britische herr-

«Die Ideen der französischen Revolution schwappten über den Ärmelkanal und schockierten die britische herrschende Klasse.»

schende Klasse. Was in den folgenden vier Jahren passierte, brachte sie nur noch mehr in Furcht, als die französische Monarchie und die Aristokraten abgesetzt und exekutiert wurden. Wer die Linke innerhalb der Französischen Revolution, die Jakobiner, unterstützte, fand die politische Atmosphäre in Grossbritannien zunehmend patriotisch und konservativ. Der Hintergrund des von Frankreich unternommenen revolutionären Krieges in Europa führte zu einer Jagd nach Sündenböcken, nach dem «Feind im Innern». Ab 1792 stachelten Amtspersonen und Kirchenvertreter im Namen von «Kirche und König» Gruppen von Randalierern auf, die aber nie wirklich Teil der Vorstellungswelt der Bevölkerung wurden. In London gelang es nicht, ihnen einen nennenswerten Aufschwung zu verleihen. Als die Jakobinischen Gefangenen 1794 freigesprochen wurden, fanden in London öffentliche Feiern der Bevölkerung statt. Edward Thompson hierzu: «1795 war die Londoner Masse revolutionär gestimmt und entdeckte (durch Vermittlung der London Corresponding Society) neue Formen von Organisation und Führung.»

Der Mob wird diszipliniert

Die von Frankreich geführten Kriege und die damit zusammenhängende politische Repression waren ein Wendepunkt in dieser Entwicklung. Nie mehr später sollte die politische Elite dem Mob erlauben, sich in dieser Art zu benehmen. Zu Beginn des 19. Jh. wurden mit der kapitalistischen Vorherrschaft Grossbritanniens und dem Anschwellen der industriellen Arbeiter_innenklasse die Trennlinien klar gezeichnet. Ratsherren und Politiker wollten keinen Angriff auf Eigentum und Gesetz mehr riskieren. In der ersten Jahrhunderthälfte wurde in London folgerichtig die Polizei aufgebaut. Dennoch verschwand der Mob nicht vollständig. 1866 erschien er wieder auf der Bildfläche anlässlich der Demonstrationen der Erwerbslosen, als die eingeschlagenen Scheiben auf der Einkaufsstrasse Pall Mall als Zeichen des



Vom Wortursprung her steht «Mob» in Verbindung mit «Bewegung». Im Mediengebrauch drückt er vor allem die Verachtung und Angst der Bourgeoisie gegenüber den «gefährlichen Klassen» aus.

«Im 20. Jahrhundert führten die Unruhen zum Erstarren einer kämpferischen Arbeiter_innenbewegung.»

Aufstands der Armen die überaus reiche herrschende Klasse erschreckten. In den Massenstreiks von 1888 und 1889 und dann in den grossen Unruhen von 1910 bis 1914 drückte sich der Mob erneut kraftvoll aus. Diesmal führten die Unruhen zum Erstarren einer kämpferischen Arbeiter_innenbewegung. Als in den 1930er Jahren grosse Demonstrationen von Erwerbslosen von der Polizei angegriffen wurden, schlugen sie wiederum in Unruhen um.

Die Jugendunruhen ab 1981

1981 revoltierten die jungen Schwarzen von London (zusammen mit ähnlichen Gruppen in anderen Landesteilen) gegen Rassismus und Unterdrückung. Sie randalierten in Brixton und erhielten Verstärkung durch

weisse benachteiligte Jugendliche aus diesem und anderen Arbeitervierteln. Auch 1990 entwickelte sich die Massendemonstration gegen die Poll Tax (Kopfsteuer) zu einer Strassenschlacht durch London. Zusammen mit der massenhaften Zahlungsverweigerung führte dies dann zum Rücktritt von Premierministerin Margaret Thatcher und zur Abschaffung der Poll Tax als solche. London war ein Zentrum des Widerstands gegen die **1990 von konservativen Tories eingeführte** Poll Tax. Unruhen fanden vor Rathäusern zahlreicher Arbeiterviertel wie Hackney und Islington statt, denn es war offensichtlich, dass sich die Kopfsteuer direkt gegen die Arbeiter_innenklasse richtete. Im März 1990 marschierten 200'000 Menschen durch das Zentrum von London. Strassenschlachten brachen bei Whitehall und Trafalgar Square

«In den 1970er und 1980er Jahren wollte man schwarze und asienstämmige junge Menschen mit den rassistischen Gesetzen niederhalten.»

aus. Demonstrant_innen wurden brutal von der Polizei angegriffen und durch das Theaterviertel und Soho gejagt.

Und heute?

Die Demonstrationen von Studierenden von 2010 zeigten viele Merkmale des traditionellen Mobs: Viele junge und relativ arme Menschen fanden sich in sehr kurzer Zeit zusammen, neue Kommunikationsmittel erlaubten ein Zusammenspiel zwischen entfernten Vorstädten und der Londoner Innenstadt. Damit wurden Hindernisse überwunden, die mit der weiten Ausdehnung der Stadt zu tun haben. Es kam eine unerbittliche Opposition gegen Regierung und Eliten zum Ausdruck, verhasste Gebäude wurden angegriffen (Hauptquartier der Tories, Finanzministerium). Natürlich wurden die Demonstrant_innen als gewalttätig und kriminell verurteilt, wie alle ihre protestierenden Vorgänger_innen. Dennoch machte die Unterstützung durch viele Bewohner_innen Londons klar, dass die Jungen auch für einen guten Teil der Bevölkerung sprachen. Ausbrüche von gesellschaftlicher Wut wurden immer mit Repression beantwortet, und

das Gesetz wurde wiederholt zur Kontrolle jener eingesetzt, die gegen Autorität rebellierten, meist Jugendliche. In den 1970er und 1980er Jahren wollte man schwarze und asienstämmige junge Menschen mit den rassistischen SUS-Gesetzen (Verhaftung auf Verdacht) niederhalten. Heute ist die Wahrscheinlichkeit, angehalten und durchsucht zu werden, für Menschen mit dunkler Hautfarbe und asiatischem Aussehen 26 Mal grösser als für andere.

Die lange Geschichte der Londoner Unruhen hängt teils mit der Grösse der Stadt zusammen; teils mit dem relativ nahen räumlichen Zusammenleben von Reich und Arm; ein Faktor ist auch der Status der Stadt als Regierungssitz; ein anderer die Konzentration von vielen jungen Menschen (über längere Zeiträume) in relativ kleinen Betrieben. Der Aufschwung der Arbeiter_innenbewegung seit dem Chartismus der ersten Hälfte des 19. Jh. verlieh dem Mob Formen, die mehr Organisation aufweisen: Gewerkschaften, Streiks, politische Parteien, politische Kampagnen. Jedoch umfassten diese Formen nie die ganze Arbeiter_innenklasse, und Unruhen waren oft mit den genannten Widerstandsformen vermengt.

Protest in neuer Form

Heute erreicht die Wut in der Gesellschaft eine neue Dimension, und die traditionelle Arbeiter_innenbewegung hat weniger Einfluss auf Widerstandsformen als in früheren Generationen. Unruhen sind ein Ergebnis der Lage. Sie sind immer eine stumpfe politische Waffe. Manche beteiligen sich bewusst aus politischen Gründen daran. Andere geraten in die Dynamik von Strassenschlachten aufgrund von wirtschaftlichen und politischen Gründen, die ihnen nur halb bewusst sind. Wieder andere machen aus anderen Gründen mit. Aber Unruhen sind nie etwas, das einfach passiert. Sie sind auch nicht das Produkt von plötzlichen und geheimnisvollen Beschlüssen Krimineller, welche einen Massenaufstand organisieren, nur um Läden auszurauben. Unruhen haben immer soziale und wirtschaftliche Wurzeln, und es ist immer ein Protest der Ausgegrenzten und der Armen gegen die Bedingungen, die ihnen aufgezwungen werden durch die Reichen und Mächtigen. ♦

* Lindsey German und John Rees arbeiten an einem Buch zum Thema: «A People's History of London», das 2012 bei Verso erscheinen wird.



EMANZIPATION – Zeitschrift für sozialistische Theorie und Praxis

Die zweite Nummer der Zeitschrift Emanzipation (siehe das Interview mit Christian Zeller in der *Debatte 17*) ist erschienen. Dieses Heft (117. S.) setzt sich schwerpunktmässig mit der arabischen Revolution auseinander. *Debatte*-Abonent_innen können mit einem Kombi-Abo für 40 Franken beide Zeitschriften erhalten: *Emanzipation* zwei Mal pro Jahr und *Debatte* vier Mal pro Jahr. Bestellungen unter kontakt@debatte.ch

Aus dem Inhalt:

- ▶ Perry Anderson – Verdichtungen in der arabischen Welt
- ▶ Joel Beinin – Arbeiter und der 25. Januar in Ägypten
- ▶ Adam Hanieh – Die politische Ökonomie des ägyptischen Aufstands
- ▶ Wafa Guiga – Die arabische Revolution und die Emanzipation der Frauen
- ▶ Bernhard Schmid – Tunesien im Jahr 2011 zwischen Revolution und Wahlen
- ▶ Yacov Ben Efrat – Die arabische Revolution und der Konflikt Israel-Palästina
- ▶ Gilbert Achcar – im Gespräch mit Christian Zeller über die arabische Revolution

www.emanzipation.org

Nach Tagen fieberhafter Verhandlungen haben sich die Hauptakteure der griechischen Politik auf eine Regierung der «nationalen Rettung» geeinigt. Angeführt wird sie von Lucas Papademos, einem ehemaligen Funktionär der Europäischen Zentralbank (EZB). Wir veröffentlichen dazu eine bearbeitete Version des Editorials der Zeitschrift *Workers Left* der Internationalen Arbeiterlinken (DEA). (Red.)

DEA*

Die Regierung der Kredithaie

Das unglaubliche Theater, das sich während Tagen hinzog und schliesslich zur sogenannten Regierung der «nationalen Rettung» führte, ist das beste Beispiel dafür, wie tief die politische Krise Griechenlands geworden ist. Die Übergabe der Regierungsmacht an einen ehemaligen Beamten der EZB ist symptomatisch dafür, wie die Entscheidungsgewalt direkt den Bankern, den internationalen Kredithaien, übertragen wurde. Die Einigung auf Papademos, die erst nach zähen Verhandlungen zustande kam, hat erneut bewiesen, dass sich die Führung der Sozialdemokraten (PASOK) und der rechtsgerichteten *Neuen Demokratie* (ND) komplett dem Willen der herrschenden Klasse unterordnen.

Die neue politische Front

Der Vorsitzende der extremen Rechten, Georgios Karatzaferis¹, die notorisch konservative Dora Bakogianni² und schliesslich Stefanos Manos³, «Guru» der **Ultraneoliberalen**, waren die vehementesten Befürworter der neuen Regierung und die loyalsten Anhänger Papademos. Mit der neuen Regierung haben sie sich durchgesetzt.

Die neue politische und nun auch offiziell konstituierte Front bindet also von den Sozialdemokraten bis zur extremen Rechten fast alle politischen Akteure ein. Ihr gemeinsamer Nenner ist die Unterwerfung Griechenlands unter das von der Troika (EU, EZB

und IWF) geforderte Sparprogramm, ohne dessen Umsetzung Griechenland die «Hilfe» verweigert würde. Papademos Regierung ist



Loukas Papademos, Ökonom und ehemaliger Vize der EZB ist nun Premierminister. Dabei ist er weder demokratisch gewählt noch von der Bevölkerung gewünscht.

das Produkt von Kompromissen, Verhandlungen und Drohungen zwischen der PASOK und der ND. Dies, obwohl die beiden Parteien eigentlich von niemandem die Legitimation erhalten haben, derartige Entscheidungen zu treffen.

Merkozys Erpressung

Die Konflikte zwischen verschiedenen Frak-

tionen und Gruppierungen innerhalb beider Parteien haben gezeigt, dass deren Führungen instabil geworden sind. Und es zeigt sich, dass ihre Politik im Widerspruch zum Willen der Bevölkerung und ihrer eigenen Wählerschaft steht. Die neue Regierung ist nicht nur das Produkt einer antidemokratischen Politik, sondern auch der Erpressung durch die EU. Vor allem Deutschland und Frankreich haben es geschafft, Griechenland auf erpresserische Art und Weise ihre Agenda aufzuzwingen.

Eine schwache Regierung

Auf den ersten Blick scheint Papademos Regierung fest verankert zu sein, kann sie doch auf die Unterstützung fast aller Parteien zählen. Doch in Wirklichkeit ist die Regierung schwach, noch schwächer als die bisherige Regierung der PASOK. Denn obwohl die Sozialdemokraten sich als unfähig erwiesen haben, Griechenland aus der Krise zu führen, waren sie doch immerhin durch einen Wahlsieg an die Macht gekommen und konnten die ganze Zeit über einen starken Einfluss auf die Gewerkschaften ausüben. Die aktuelle Regierung wurde weder gewählt, noch genießt sie die Unterstützung der Bevölkerung. Dennoch wird sie nun da Erfolg haben müssen, wo Papandreou PASOK bisher gescheitert (und zuletzt kollabiert) ist: Sie muss das neuste vom griechischen Parlament angenommene Sparpaket umsetzen, womit zehntausende Arbeitsplätze des öffentlichen Sektors gestrichen werden, eine weitere Welle der Privatisierung eingeleitet wird und weitere unfaire Kopfsteuern eingeführt werden. Des Weiteren ist ein neues Lohngesetz vorgesehen.

Die Opposition von unten

Doch die grösste aller Herausforderungen der Regierung wird dieselbe sein wie diejenige der ehemaligen Regierung: Sie muss die Opposition von unten bezwingen; dem kämpferischen Geist der Bevölkerung standhalten; den Willen vieler Menschen, ihren

Durchzogener Generalstreik

Am 30. November fand in Griechenland ein weiterer Generalstreik statt. Im Vergleich zum sehr breit unterstützten Streik vom 19. und 20. Oktober fiel die Beteiligung geringer aus. Während die bürgerliche Presse dies vor allem als Zeichen der Unterstützung der Bevölkerung für die neue Regierung deutet, dürfte vor allem die schlechte Mobilisierungsarbeit der Gewerkschaften und auch gewisse Ermüdungserscheinungen

des Protests zu dieser Entwicklung geführt haben.

Dennoch kamen gegen Mittag auch beim jüngsten Generalstreik wieder Zehntausende Menschen vor dem Parlamentsgebäude zusammen, um gegen die aktuelle Regierung zu protestieren. «Den Gürtel können wir nicht enger schnallen – er hat keine Löcher mehr», skandierten dabei viele. (Red.)

«Die linken Kräfte müssen den Sozialismus gemeinsam als eine attraktive und wünschenswerte Perspektive für die breite Mehrheit der Lohnabhängigen und der Jugend propagieren.»

Lebensstandard zu verteidigen und nicht für die Krise zahlen zu müssen, brechen.

Die neu entstandene soziale Kraft Griechenlands wurde auch während des 48stündigen Generalstreiks am 19. und 20. Oktober sichtbar, dem grössten Streik seit dem Fall der Militärjunta 1974. Sie hat die traditionelle Militärparade des 28. Oktobers gesprengt und einen anerkannten patriotischen Feiertag in einen Protest- und Demonstrationstag verwandelt. Und diese neue Kraft hat auch die Möglichkeit, die neue Regierung zu Fall zu bringen!

Genau davor fürchtet sich auch der Vorsitzende der rechtsgerichteten ND, Antonis Samaras. Trotz des desolaten Zustandes der PASOK haben er und seine Partei darauf verzichtet, eine demokratisch legitimierte Mehrheitsregierung zu fordern. Stattdessen hat er sich auf eine völlig bedeutungslose Kritik am Regierungsbildungsprozess beschränkt und zu kaschieren versucht, dass die ND voll und ganz für das Sparprogramm einsteht. Dies wird ihn nicht von der Wut der Bevölkerung bewahren.

Die Aufgabe der Linken

Wir haben keinen Zweifel daran, dass die Widerstandsbewegung fähig ist, alles Nötige zu tun, um die Regierung von der Umset-

zung der geplanten Massnahmen abzuhalten. Dabei wird aber die Rolle der Linken innerhalb der Bewegung eine entscheidende Rolle spielen.

Die zwei linksgerichteten Wahlbündnisse SYRIZA und ANTARSYA (siehe Kasten) tragen, zusammen mit der Kommunistischen Partei Griechenlands, eine wichtige Verantwortung: Gemeinsam müssen sie:

1. Eine politische Plattform bilden, die die verschiedenen Kämpfe vereint und sich den Plänen der herrschenden Klasse entgegenstellt. Sie sollte auf folgenden Punkten basieren: Sofortiger Stopp der Zahlungen an nationale und internationale Kredithaie; Vergesellschaftung der Banken unter der Kontrolle der Lohnabhängigen, um die Spekulanten des Privatsektors auszuhebeln; Rückgängigmachung der Privatisierungen; sofortige Neuverteilung des Reichtums durch Erhöhung der Löhne, Renten und Sozialausgaben; hohe Besteuerung von Profiten und der Reichen im Allgemeinen; Besteuerung des riesigen Vermögens und Eigentums der Kirche; drastische Kürzungen bei den Militärausgaben. Kein einziges Opfer sollte im Namen der Rettung des Euros akzeptiert werden!

2. Eine Aktionseinheit herstellen. Dazu braucht es eine vereinigte Front der Linken, die als politischer Pol die Widerstandsbewe-

gung unterstützt und somit das Vertrauen und die Unterstützung der Bevölkerung gewinnen kann.

3. **Eine überzeugende Alternative zu herrschenden Politik** darstellen, vor allem wenn die Frage der Macht und der Regierung aktuell wird. Dies bedeutet auch, dass sie die Ansprüche des lokalen und internationalen Kapitals delegitimieren müssen, indem sie den Sozialismus als eine attraktive und wünschenswerte Perspektive für die breite Mehrheit der Lohnabhängigen und der Jugend propagieren.

So oder so werden die kommenden Ereignisse von historischer Tragweite sein. ♦

** Der Artikel ist in ausführlicherer Fassung auf English auf <http://socialistworker.org/2011/11/17/loan-shark-government-in-greece> zu finden.*

1 Georgios Karatzafiris ist Vorsitzender der Laikós Orthódoxos Synagermós (dt. Orthodoxer Volksalarm), einer rechtsradikalen Partei, die sich unter anderem gegen die Globalisierung, die Anerkennung der Türkei als europäisches Land und vor allem gegen die Zuwanderung einsetzt.

2 Dora Bakogianni, ehemaliges Mitgleider der ND, ist Gründerin der 2010 entstandenen Dimokratiki Symmachia (dt. Demokratische Allianz). Die DA setzt sich unter anderem für tiefere Steuern und den Abbau des öffentlichen Sektors ein.

Die griechische Linke – gespalten und uneinig

Syriza (Koalition der radikalen Linken) ist ein linkes Wahlbündnis, in dem nicht nur revolutionäre, sondern auch reformistische Organisationen vertreten sind. Bei den letzten Wahlen erhielt die Koalition 4,6% der Stimmen. Neben dem grössten Mitglied, der reformistischen Synaspismos (Koalition der linken, der Bewegungen und der Ökologie) gehören verschiedene eurokommunistische, trotzkistische und maoistische Organisationen zu Syriza. Auch die Internationale Arbeiterlinke (DEA) ist Mitglied von Syriza.

Antarsya (Antikapitalistische linke Kooperation für den radikalen Wandel) ist

ein Bündnis verschiedener sozialistischer Organisationen mit antikapitalistischem Anspruch. Dementsprechend kritisiert Antarsya Syriza immer wieder, weil diese zu stark elektoral ausgerichtet sei. Die OKDE Spartakus – auf internationaler Ebene Mitglied der Vierten Internationalen – politisiert ebenfalls in dieser Koalition. Bei den letzten Parlamentswahlen erhielt Antarsya 0,36%.

Die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) ist die mitgliederstärkste Kraft der griechischen Linken. Von der restlichen Linken wird sie vor allem auf Grund ihrer extrem sektiererischen Bünd-

nispolitik (keine Versammlungen oder Kundgebung mit anderen Organisationen) kritisiert. Immer wieder spielt die KKE eine reaktionäre und staatstragende Rolle, zum Beispiel, indem sie das griechische Parlament – zusammen mit der Polizei – vor allzu militanten Demonstrant_innen beschützt. Zuletzt geschah dies während des Generalstreiks am 19. und 20. Oktober, als Aktivist_innen der KKE und der PAME (der Gewerkschaft der KKE) eine Menschenkette um das griechische Parlamentsgebäude bildeten, um die Protestbewegung fernzuhalten. (Red.)

Mehrere Monate dauern nun die Kämpfe bei den privatisierten Bereichen der Deutschen Bahn an. Hauptforderung sind einheitliche Tarifregelungen für die ganze Branche. Die Streikbewegungen stellen dabei auch die Frage nach gemeinsamen Widerstandsformen aller privatisierten Staatsbetriebe.

Daniel Bonnard

Lokführerstreik bei der Konkurrenz der DB

In ihrer Auseinandersetzung mit einer Handvoll Bahnkapitalisten haben die Lokführer_innen eine wichtige Wende errungen. Seit April 2011 weigern sich die Konkurrenten der Deutschen Bahn AG im Nahverkehr

Staatliches Kapital als Triebkraft von Lohndumping

Die Liberalisierung des Bahnverkehrs wurde 1993/1994 im Rahmen der sogenannten

aber keine Rückschlüsse über Tarifpolitik und Arbeitnehmerschutz dieser Firmen. In einem Flugblatt vom 25. Februar 2011 beklagt die GdL, dass die Konkurrenz im Bahnverkehr fast exklusiv über die Lohnkosten ausgetragen wird. Die Gewerkschaft zeigt dabei die Mechanismen des Lohndumpings auf. Bei der Vergabe einer Strecke an eine neue Betreiberfirma, was ungefähr alle **10 Jahre geschieht, werden die Lokführer_innen entlassen und verlieren ihre bisherigen Betriebsjahre.** Unsichere Neueinstellungen mit schlechteren Bedingungen sind dann eine wichtige Ursache für erhebliche Lohnsenkungen. Manche Bahnkonkurrenten bezahlen ihren Lokführer_innen bis zu 30 Prozent weniger als der Durchschnittslohn der Deutschen Bahn.² **Die Begründung** hierfür seitens der Bahnkonkurrenten (G6)³ lautet, dass der Lokführer eines Regionalzuges weniger Qualifikationen brauche als ein ICE-Lokführer. Auf den Versuch, ihre historisch gut organisierte Berufsgruppe zu spalten, antwortete die GdL mit einem gemeinsamen Forderungskatalog für alle Sparten des Bahnverkehrs (d.h. Regional-, Fern- und Güterverkehr). Dabei werden auch einheitliche und bessere Ausbildungsstandards sowie Sozialabsicherung in Fällen von Berufsunfähigkeit gefordert.⁴



Streikende der Ostdeutschen Eisenbahngesellschaft (ODEG).

die Tarifforderungen der Gewerkschaft deutscher Lokführer (GdL) zu akzeptieren. Durch lang andauernde, regional geführte Streikaktionen hat die GdL die wichtigsten Bahnkonkurrenten gezwungen, ihre Tarifpolitik zu revidieren. Der Arbeitskampf der Lokführer wird in den Medien weniger thematisiert als die grossen Streikbewegungen von 2007/2008. Trotz der kurzfristig angekündigten Arbeitsniederlegungen haben die bürgerlichen Medien diesmal keine so aggressive Kampagne gegen die Streikenden geführt. Möglich, dass eine diffuse, durch die Krise bedingte Angst vor Lohnsenkungen sogar für ein gewisses Verständnis bei den Benutzer_innen sorgte.

Bahnreform eingeführt. Seitdem werden regelmässig Segmente dieses neugeschaffenen Marktes ausgeschrieben. Mit dem Ergebnis, dass jetzt mehr als 33 Bahnunternehmen unterschiedlicher Grössen im regionalen Bereich (im Fachjargon SPNV) tätig sind. Dieser Trend wird sich mit den bevorstehenden Ausschreibungen verstärken.¹ Ein Blick auf die hier aufgeführte Tabelle zeigt, dass die Bezeichnung dieser Firmen als Privatbahnen irreführend ist. Denn es sind mehrheitlich staatliche Institutionen, welche die in Deutschland tätigen Bahnkonkurrenten kontrollieren. Die Zusammensetzung der Kapitaleigner, von der französischen SNCF bis hin zur Hansestadt Hamburg, erlaubt

Bahnkonkurrenten auf Konfrontationskurs

Wie die Deutsche Bahn hatten Anfang 2011 auch die Bahnkonkurrenten einen Branchentarifvertrag mit der EVG (Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft) unterschrieben, um Arbeitsbedingungen aller Berufsgruppen im gesamten Bahnverkehr zu regeln.⁵ Die GdL gehört aber nicht zur EVG und erkannte den Branchentarifvertrag, der Lohnsätze unter dem Niveau der Deutschen Bahn vorsah, nicht an. Die Bahnkonkurrenten lehnten darauf jede Verhandlung mit der GdL ab. Nach mehreren Wochen Streik im ganzen Bahnverkehr, die an den historischen Aufstand der Lokführer 2007/2008 erinnerten⁶, konnten die GdL und die Deutsche Bahn

«Bei der Vergabe einer Strecke an eine neue Betreiberfirma werden die Lokführer entlassen und verlieren ihre bisherigen Betriebsjahre.»

AG sich im April dieses Jahres auf einen neuen Tarifvertrag bis Mitte 2012 einigen. Für die 26'000 Lokführer in Deutschland (ca. 20'000 bei der Deutschen Bahn) wurde zudem ein Rahmentarifvertrag (Bundesrahmenvertrag für Lokführer, BuRa-LfTV) eingeführt, um einheitliche Lohn-, Arbeitszeit- und Qualifikationsregelungen zu schaffen.⁷ Die Bahnkonkurrenten der G6 lehnten aber diesen Rahmenvertrag ab. Die GdL führte darauf mehrere Streikbewegungen mit verschiedenen regionalen Schwerpunkten durch. In einer Urabstimmung hatten 96 Prozent der sich beteiligenden Lokführer von Bahnkonkurrenten unbefristeten Streiks zugestimmt.⁸ Mit dem Bahnunternehmen cantus und mit der Hessischen

Landesbahn (HLB) wurden Verhandlungen aufgenommen, dann wieder aufgegeben, weil die HLB Angebote vorschlug, die nur geringfügige Angleichungen zum DB-Tarif beinhalteten.⁹ **Höhepunkt der Auseinandersetzung** bildete im September ein 28-tägiger Streik beim Verkehrsunternehmen Hessische Landesbahn und bei der Bahngesellschaft vectus. Bei der Nord-Ostsee-Bahn (NOB, Eigentümer Veolia) dauerten die Arbeitsniederlegungen ebenfalls mehr als einen Monat (Ende September bis Anfang November). Nur das von der französischen SNCF kontrollierte Bahnunternehmen Keolis ging einen separaten Weg und vereinbarte – unter dem Druck der Streikenden – schon Mitte August 2011 Tarifbedingungen mit der GdL,

welche wichtige Forderungen der Gewerkschaft übernahmen. So wurde neben besseren Arbeitszeitregelungen auch die Arbeitsplatzsicherung beim Betreiberwechsel geregelt. Und der Lokführer-Rahmentarifvertrag (BuRa-LfTV) setzte Lohnstandards. In ihrer Mitteilung vom 21. November verweist die Verkehrsgesellschaft bewusst auf die vakanten Lokführerstellen, was die Gründe ihrer Zugeständnisse offenbart. Denn die Politik des Lohndumpings der G6 führte nach dem Abschluss des Tarifvertrags mit der Deutschen Bahn dazu, dass viele Lokführer die Stelle wechselten, um wieder bei der Deutschen Bahn zu arbeiten. Dieses Phänomen der Arbeitswanderung lässt sich nur mit der relativen Facharbeiterknappheit erklären,

Eisenbahnverkehrsunternehmen der G6: Abellio, Arriva, HLB, Keolis und Benex

Quelle: Firmenwebseiten und Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.04.2011

Bahngesellschaft/Anbieter	Strecke	Eigentümer_in
NOB (Nord-Ostsee-Bahn)	Nord-Ostsee	Veolia (bis 2003, Vivendi Environnement)
Nordwestbahn		
Harz-Berlin-Express		
Interconnex	Mecklenburg-Brandenburg-Sachsen-Anhalt	Mit einem Anteil von 9,5% am Aktienkapital ist die staatliche französische «Caisse de dépôts et consignations» Hauptaktionärin von Veolia.
Hessische Landesbahn (HLB)	Hessen	HLB gehört dem Land Hessen und besitzt auch die Tochtergesellschaft vectus Verkehrsgesellschaft mbH.
Abellio Rail NRW	Ruhrgebiet	Abellio GmbH, seit 2008 im Besitz von Nedrailways, der Expansionstochter der Niederländischen Eisenbahn (Staat als Alleinaktionär)
Metronom	Bremen-Hamburg-Hannover-Göttingen (u.a.)	Benex: Beteiligungs-Holding der HOCHBAHN AG, im Besitz der Hansestadt Hamburg
ODEG (Ostdeutsche Eisenbahngesellschaft)	Berlin, Brandenburg, Süd-Mecklenburg	
Cantus	Göttingen-Kassel, Kassel-Fulda, Bebra-Eisenach, Göttingen-Fulda	
Alex	Bayern	Netinera: (ehemals Arriva Deutschland) Gehört seit Dezember 2010 zur Trenitalia (Ferrovie dello Stato, FS), der italienische Eisenbahngesellschaft.
Vogtland-Express		
Eurobahn	NRW, Niedersachsen (auch NL)	Keolis Deutschland (56,7 % SNCF)

«Die Bezeichnung der neuen Firmen als Privatbahnen ist irreführend, denn es sind mehrheitlich staatliche Institutionen, welche die Bahnkonkurrenten kontrollieren.»

wobei nähere Daten über Umfang und Motive der Umsteiger nötig wären.¹⁰ In November gelang der GdL mit der cantus Verkehrsgesellschaft, metronom und ODEG (alles Marken von Benex) ein Verhandlungsabschluss: Am Ende eines elfwöchigen Schlichtungsverfahrens wurden Lohnerhöhungen, Arbeitsplatzsicherung beim Betreiberwechsel, «Regelungen für Lokomotivführer zur Betreuung nach traumatischen Ereignissen und bei Verlust der persönlichen Eignung» und Qualifikationsstandards errungen.¹¹ Zudem verhandelt die GdL mit den Bahnunternehmen HLB und vectus (Tochtergesellschaften der HLB) wieder. Ein Schlichtungsverfahren dauert noch an bei der NOB (Eigentümer Veolia).

Solidarischer Widerstand an Verkehrsknotenpunkten

Die Reaktion von Bahnbenutzer_innen und Öffentlichkeit ist schwierig zu bestimmen. In September unterstützten die verkehrspolitischen Sprecher der oppositionellen SPD und Grünen/Bündnis 90 die Protestkundgebung der GdL vor dem Hessischen Landtag. Ist dies als isoliertes opportunistisches Zeichen zu interpretieren? Klar ist, dass die GdL wichtige Tarifabschlüsse gegen die Herabsetzung der Löhne im Eisenbahnbereich errungen hat. Und dies, obwohl der einheitliche Bundesrahmen-Tarifvertrag für alle Lokführer (BuRa-LFTV) bei den meisten Bahnkonkurrenten nicht durchgesetzt werden konnte. Als Kompromiss hat die GdL mehrere Haustarifverträge und einen Betreiberwechseltarifvertrag abgeschlossen.¹² Trotzdem zeigen die Ergebnisse der letzten Verhandlungen mit der EVG betreffend andere Beschäftigungsgruppen, dass die Tarifpolitik der Lokführergewerkschaft weiterhin eine Vorbildfunktion einnimmt. Bei jedem Arbeitskonflikt der GdL sind Stimmen in den Gewerkschaftszentralen zu hören, die die Spartenorganisation der Lokführer für ihren Alleingang kritisieren. Wie im Fall des Mar-

burger Bundes (Ärzte) oder von Cockpit (Piloten und Flugingenieure) werden grosse Anstrengungen unternommen (beispielsweise mit einem Gesetzentwurf des DGB im Bundestag), um die Macht solcher Berufsorganisationen zu schwächen. Hintergrund ist



die Konkurrenz zu den etablierte Grossgewerkschaften.¹³ Die GdL beweist jedoch durch ihre erfolgreich geführten Arbeitskämpfe, dass ihre Autonomie wichtige Tarifergebnisse gegen den Abbau von Arbeitnehmerrechten bringt. Eine zentrale Frage dabei ist, inwiefern dies im Interesse aller Berufsgruppen des Eisenbahnverkehrs geschieht. Bei der Auseinandersetzung in diesem Herbst haben sich zum Beispiel Zugbegleiter der NOB durch Streiks mit den Lokführern solidarisiert.¹⁴ Und beim Lokführeraufstand von 2007-2008 hatten Arbeiterorganisationen des lahmgelegten Hamburger Hafens sich solidarisch erklärt. Strategien der Einbindung von Bahnbenutzer_innen in solche Arbeitsproteste fehlen jedoch nach wie vor. Interessant ist die basisdemokratische Initiative «Bahn von Unten», die eine Überwindung der Berufs- und Branchengrenzen anstrebt. So fragen die Eisenbahner_innen im Zusammenhang mit der Deregulierung der Arbeitsbedingungen an den europäischen Flughäfen in ihrem letzten Flugblatt: «Warum bündeln wir jetzt nicht die Kräfte und wehren uns gemeinsam mit

den Kolleginnen und Kollegen der Bodendienste an den Flughäfen?» ♦

1 FAZ vom 29.09.2011. Der Regionalbahnverkehr ist der Bereich, in dem die Deutsche Bahn die grössten

Gewinne erwirtschaftet, was sich mit der massiven Subventionierung durch staatliche Kassen erklärt. Es ist gerade deswegen auch für anderen Bahnkapitalisten attraktiv (vgl. Alternativer Geschäftsbericht der Bahn, 2010. Lunapark Extraheft 05, Sommer 2011. S. 11).

2 Frankfurter Rundschau vom 27.09.2011.

3 Die G6 ist die Tarifgemeinschaft der sechs grössten nicht bundeseigenen Bahnunternehmen.

4 Siehe die französischsprachigen Artikel auf www.alencontre.org «Grèves d'avertissement des conducteurs de train».

5 Financial Times Deutschland vom 17.01.2011.

6 Anfangs März beschlossen die Lokführer, von den bisherigen Warnstreiks zu unbefristeten Arbeitskämpfmassnahmen in allen Bahnsparten überzugehen. Vgl. Frankfurter Rundschau vom 7. März 2011. 7 Frankfurter Rundschau vom 15.04.2011.

8 Junge Welt vom 22.11.2011. Nach eigenen Angaben organisiert die GdL mehr als 80% der Lokführer in Deutschland.

9 Mitteilung der GdL vom 30.09.2011.

10 Frankfurter Rundschau vom 28.09.2011. Die Organisation mobifair beklagt in einer jüngeren Studie, dass der Lokführermangel (es würden bundesweit ca. 800 Lokführer fehlen) zu halblegalen Praktiken bei der Anwerbung von scheinselfständigen Lokführern durch diverse Bahnunternehmen führt (Junge Welt vom 26.11.2011). Mehr dazu: http://www.mobifair.eu/Meldungen/11_11_22_Jetzt_sind_die_offiziellen_Stellen_am_Zug/Schreiben_an_EBA.pdf/ (Quelle: Labournet e.V.)

11 Pressemitteilung der GdL vom 20.11.2011 und Videobotschaft des GdL-Vorsitzenden Claus Weselsky.

12 Junge Welt vom 26.11.2011.

13 Siehe dazu ausführlich: Hayek, Willy: Impressions des luttes ouvrières. In: La Brèche. Nr. 08/11. Août 2011, S. 16 und 20. Onlineversion unter www.alencontre.org

14 Pressemitteilung der GdL vom 12.10.2011.

Von verschiedenen Nothilfslagern ist in den letzten Monaten Widerstand gegen die menschenverachtenden Verhältnisse im Nothilferegime ausgegangen. Es gilt, das Verhältnis zwischen diesen Widerstandsbewegungen wie Bleiberecht und antikapitalistischen Bewegungen zu reflektieren.

Philippe Blanc & Maurizio Coppola

Hungrig nach Rechten

Am 1. November 2011 fand vor dem Büro des Berner Polizei- und Militärdepartements (POM) eine Aktion der Bleiberecht-Bewegung statt. Die Bewohner_innen des Nothilfslagers Eschenhof hatten zuvor in einem Protestbrief die politischen Verant-

Raus aus der Defensive

Obwohl noch nie so viele Menschen aufgrund postkolonialer Ausbeutung, imperialistischer Kriege und der globalen Krise des Kapitalismus zur Auswanderung gezwungen

Abstimmungen gegen die Revision des Asyl- und Ausländergesetz intensivieren die institutionellen linken Kräfte ihre protektionistische Politik: 2008 bejahten sie das neue Schwarzarbeitergesetz, das die offene Sans-Papiers-Hetze orchestriert. 2006 und 2008 befürworteten sie die Personenfreizügigkeit, die ohne wirksamen Schutz für Lohnabhängige zu Billigkonkurrenz aus dem Ausland und zu verschärftem Lohndruck führte. Seit 2008 akzeptieren sie die Kriminalisierung der Migration aus dem nicht-europäischen Raum, indem sie die Militarisierung der EU-Aussengrenzen mittragen und den Ausschaffungswahn aktiv mitgestalten.

Durch Kirchenbesetzungen, Demonstrationen, Ausschaffungsblockaden und andere direkte Widerstandsformen versucht die Bleiberecht-Bewegung einen Raum zu öffnen, um Migrationspolitik anders zu denken – unabhängig von institutionellen Interessen und den dominanten politischen Diskursen.¹ Unmittelbar wird eine kollektive Regularisierung der Sans-Papiers, die Abschaffung des Nothilferegimes und ein sofortiger Ausschaffungsstopp gefordert. Damit wird gegen Kriminalisierung, Ausbeutung und für den freien globalen Personenverkehr gekämpft.



Skandieren vor der Polizei- und Militärdirektion in Bern.

wortlichen aufgerufen, Missstände des Nothilferegimes zu beheben. Im von 38 Bewohner_innen unterzeichneten Schreiben werden die Verweigerung der Versammlungsfreiheit, der unbefriedigende Zugang zu Nahrung, kaputte sanitäre Anlagen u.v.m. kritisiert. Gefordert wird die Anerkennung aller Flüchtlinge, das Recht auf Arbeit und

werden, hat sich das politische Kräfteverhältnis im letzten Jahrzehnt stark zu Ungunsten der Migrant_innen entwickelt. Rechtskonservative Fremdenfeindlichkeit und migrationspolitischer Utilitarismus verflochten zu einem hegemonialen Anti-Ausländer-Diskurs, der heute in der alltäglichen Praxis breit reproduziert wird.

«Noch nie waren so viele Menschen aufgrund postkolonialer Ausbeutung, imperialistischer Kriege und der globalen Krise des Kapitalismus zur Auswanderung gezwungen.»

die Wiedereinführung der Sozialhilfe. Diese Protestaktion reiht sich ein in eine Serie von Mobilisierungen der Bleiberecht-Bewegung. Drei Jahre nach ihrer Entstehung fragen wir nach Organisationsform und den politischen Strategien.

Diese Situation ist nicht zuletzt auch eine Folge der institutionellen linken Politik, die der Rechten das migrationspolitische Feld faktisch überlassen hat bzw. die Grundannahmen und die Politik der Rechten sehr weitgehend teilt. Seit den 2006 verlorenen

Widerstand gegen die Lager des Nothilferegimes

In der Bleiberecht-Bewegung organisieren sich hauptsächlich abgewiesene Asylsuchende, die von der Nothilfe abhängen. Das Nothilferegime wurde 2004 für Personen mit einem Nichteintretensentscheid (NEE) eingeführt. Seit 2008 sind auch Personen mit einem negativen Asylentscheid (NegE) aus der Sozialhilfe ausgeschlossen.

Seit dem Sozialhilfestopp erhalten die Kantone vom Bund eine einmalige Fallpauschale von 6000 Franken pro NEE/NegE, wobei die Betroffenen nur 6 bis 10 CHF pro Tag erhalten und einschneidenden Massnahmen unterstehen (tägliche Präsenzkontrolle, repressive Hausordnung, Eingriffe in die Privatsphäre, workfare-Arbeitsprogramme). Verweilt eine Person «zu lange» in der Not-

«Weisse Aktivist_innen kämpfen gegen Rassismus an, weil dieser Nicht-Weisse diskriminiert. Nicht-Weisse Aktivist_innen kämpfen gegen ihre konkrete Unterdrückung.»

hilfe, entsteht für die Kantone ein wachsender Druck, dass die Person verschwindet. Die Kantone reagieren, indem sie die Betreuung der Nothilfe stärker an Prinzipien des New Public Managements (NPM) ausrichten und die Nothilfestrukturen privatisieren. Im Konkurrenzkampf verdrängt die

nen handelt. Das Nothilferegime versetzt Menschen aus (ehemals) kolonialisierten Staaten in einen Status von Untermenschen. Wer länger in diesem Status verweilen muss läuft Gefahr, zu verzweifeln und krank zu werden. Das System drängt zum Untertauchen, zur Schwarzarbeit oder Kriminalität.



Cazerolazzo der Bleiberecht-Bewegung am 1. November in Bern.

gewinnorientierte Firma ORS AG an vielen Orten christliche oder karitative Hilfsorganisationen wie die Heilsarmee, die Caritas oder das Rote Kreuz. Das Ziel: Die Betroffenen möglichst rasch auszuschaffen.

Die Nothilfeler sind keine Strafanstalten. Die Unterbringung ist nicht die Folge eines richterlichen Entscheides, sondern sie stellt eine administrative Massnahme dar. Die Lagermauern sind bewusst porös gehalten. Wer es nicht mehr aushält, soll im Sinne der «Eigenverantwortung» weiterreisen oder untertauchen. Dies stellt jedoch für die wenigsten Bewohner_innen eine reale Option dar.

Wer dem Nothilferegime untersteht, hat zudem kein Recht auf Arbeit, keinen Zugang zu Bildung und kann jederzeit und überall verhaftet werden. Es wird damit klar signalisiert, dass es sich bei abgewiesenen Asylsuchenden nicht um gleichberechtigte Perso-

Die Mobilisierung des 1. Novembers in Bern ist Ausdruck dieses Unbehagens. Strategisch wird der Widerstand dort geplant, wo die Unterdrückung unmittelbar erfolgt und jegliche Selbstorganisation verboten ist: Im Lager.

Autonomie im Kampf gegen Rassismus und (Post-)Kolonialismus

Die Rasse stellt ein soziales Verhältnis dar und drückt sich einerseits in der ökonomischen, politischen und moralischen Herrschaftsposition der *Weissen*² aus. Die Minarett- und die Ausschaffungsinitiativen zeigen, inwiefern das rassistische Überlegenheitsgefühl heute eher kulturell als biologisch legitimiert wird.³ **Andererseits äussert sich Rassismus in der Unterdrückung und Herabsetzung aller *Nicht-Weissen*.** Das Nothilferegime ist unmittelbarer Ausdruck davon.

Innerhalb der Bleiberecht-Bewegung organisieren sich illegalisierte Opfer des schweizerischen Staatsrassismus Seite an Seite mit mehrheitlich «weissen» Unterstützenden. Das politische Feld, in welchem sich die Bewegung artikuliert, ist ein «weisses» Labyrinth, in dem sich *Nicht-Weisse* schnell verirren. Um nicht dazu beizutragen, rassistische Herrschaftsverhältnisse zu reproduzieren, bedarf es deshalb einer ständigen Selbstreflexion der eigenen Praxis, Sprache und Organisationsform.

In diesem Zusammenhang kommt der Autonomie der *Nicht-Weissen* ein zentraler Stellenwert zu, auch wenn dies innerhalb der Bleiberecht-Bewegung bei weitem noch nicht erreicht ist. Indem die Opfer des Staatsrassismus ihren Widerstand selbst bestimmen, kann verhindert werden, dass die Bewegung die «weisse» Dominanz aufrecht erhält. Autonomie ist der Grundstein im Aufbau einer politischen Kraft im Kampf gegen das «weisse» politische Feld. Wenn es darum geht, die Ideologie des rassistischen Rechtsstaates zu zerschlagen und klarzustellen, dass Grundrechte für *Weisse* systematischer gelten als für *Nicht-Weisse*, dann kommt den Diskriminierten und Privilegierten eine unterschiedliche Rolle zu. *Weisse* Aktivist_innen kämpfen gegen Rassismus an, weil dieser *Nicht-Weisse* aufgrund ihrer Hautfarbe stigmatisiert und diskriminiert. *Nicht-Weisse* Aktivist_innen kämpfen gegen ihre konkrete Unterdrückung als *Nicht-Weisse*. ***Weisse* gelangen über universalistische Werte zum Antirassismus, *Nicht-Weisse* hingegen müssen ihre Hautfarbe im Kampf betonen. Ihr Kampf ist zuerst partikular, dann universell.⁴**

Für *weisse* Aktivist_innen bedeutet die Autonomie der Betroffenen keineswegs Passivität. Die Emanzipation der *Nicht-Weissen* ist Bedingung ihrer eigenen Emanzipation. Malcolm X schrieb hierzu: «Die beste Art, euer Problem zu lösen, ist, uns bei der Lösung unseres Problem zu unterstützen». Bescheidenheit und Solidarität erscheinen für *Weisse* als Gebot der Stunde. Die Bewegung kann sich der Autonomie annähern, indem sie kritisch mit

«Der Arbeiter_innenbewegung und ihrer Avantgarde steht es nicht zu, von den ‚Versklavten‘ zu fordern, sich dem Diktum ‚alle gemeinsam gegen das Kapital‘ unterzuordnen.»

Bezugssystemen wie den Menschenrechten, dem Werteuniversalismus und der abendländischen Rationalität umgeht und Widerstandsformen aller Art unterstützt, auch wenn diese von *Weissen* als strategisch nicht sinnvoll eingeschätzt werden.

Für antikapitalistische Aktivist_innen heisst dies, der Gleichung Antirassismus = Antikapitalismus = Internationalismus kritisch gegenüberzutreten. Antirassistische Kämpfe sind spezifisch und können dem Klassenkampf nicht einfach untergeordnet werden. Es gilt, die Einheit und die Verschiedenheit der Kämpfe ständig vor Augen zu behalten. Dementsprechend ist es notwendig, Widersprüche zuzulassen und sich bisweilen auf paradoxe Wege der Zusammenarbeit einzulassen.

Antikapitalist_innen im Kampf gegen Rassismus und Ausbeutung

Das Engagement von Antikapitalist_innen in antirassistischen Bewegungen stösst in linken Kreisen zum Teil auf Kritik. Diese «Unterklasse» könne aufgrund ihrer objektiven Situation (Prekarisierung, mangelnde Handlungsfähigkeit etc.) das eigene Schicksal nicht in die Hände nehmen. Als Teil der «Arbeiter_innenbewegung» werde sich ihre Situation automatisch mit der Verbesserung der Lage der einheimischen Arbeiter_innen verbessern. Solche Positionen fassen nicht selten auf einer paternalistischen und sozialrassistischen Basis. Wir sind der Meinung, dass das Engagement in Bewegungen wie Bleiberecht mindestens aus zwei Gründen von entscheidender Bedeutung ist:

(1) In einem rassistisch geprägten Kapitalismus stellen Migrant_innen das schwächste Glied der Ausbeutungskette dar. Die Kombination von Prekarisierung und Diskriminierung ist gerade bei den Papierlosen besonders ausgeprägt. Solche Mechanismen zu bekämpfen und sie nicht isoliert, sondern in ihrer Dynamik mit weiteren Ausbeutungsmechanismen⁵ zu betrachten, gehört zu den primären Aufgaben von Antikapitalist_innen. Diese Arbeit kann nicht «von

ausen» geführt werden; sie muss die direkten Erfahrungen der Betroffenen in den Mittelpunkt rücken.

(2) Ausbeutungsmechanismen und Widerstand bedingen sich gegenseitig, sie müssen in ihrer Artikulation verstanden werden. Diese Widerstandsbewegungen sind keine isolierten Episoden, sondern stehen in engem Zusammenhang mit anderen Kämpfen der Migrant_innen.⁶ Indem genau auf die Zusammensetzung der migrantischen Arbeit, die Organisationsformen bei Konflikten, ihr Verhältnis zu Gewerkschaften und anderen politischen Organisationen geschaut wird, kann abgeleitet werden, wie kurzfristig es ist, Migrant_innen zu Empfänger_innen sozialarbeiterischer Dienstleistungen zu degradieren oder schlicht an eine abstrakte Einheit mit den einheimischen Arbeiter_innen zu appellieren. Es existiert eine spezifische *condition migratoire*, die ein autonomes Feld der Bewusstwerdung und der Selbstorganisation verlangt. Es gehört zur Aufgabe von Antikapitalist_innen, solche Felder zu öffnen.

Fazit

Widerstände wie jener der Bewohner_innen des Nothilfelaagers Eschenhof sind Minderheitenkämpfe, die spezifische Bedürfnisse und Probleme zum Vorschein bringen. Die gestellten Forderungen sind keineswegs revolutionär. Trotzdem stehen sie quer zum herrschenden fremdenfeindlichen Diskurs, welchen viele Schweizer Lohnabhängige total integriert haben. Ohne einen Bruch mit diesem rassistischen Diskurs ist eine Revolution nicht denkbar. Bereits die Anwesenheit der Bewohner_innen des Nothilfelaagers Eschenhof delegitimiert das herrschende Migrationsregime. Durch ihren Widerstand zeigen sie die Widersprüchlichkeit des herrschenden Migrationsdiskurses auf und fordern damit die legale, verfassungsmässige Gewalt der Gesellschaft heraus.

Der Arbeiter_innenbewegung und ihrer Avantgarde steht es nicht zu, von den «Versklavten» zu fordern, sich dem Diktum

«alle gemeinsam gegen das Kapital» unterzuordnen. Ihr Kampf ist spezifisch und fordert Raum, um sich zu artikulieren: «Die Arbeit in weisser Haut kann sich nicht dort emanzipieren, wo sie in schwarzer Haut gebrandmarkt wird», so



Marx 1866. Der autonome Kampf der Immigrant_innen verdient deshalb auch aus antikapitalistischer Perspektive unsere bedingungslose Unterstützung. ♦

1 Siehe Debatte Nr. 14, Herbst 2010: Sarah Schilliger und David Soofali, Kampf um das Recht auf Rechte.

2 Weiss und Schwarz werden in vielen Texten der Kritischen Weisseinsforschung durch Kursiv- oder Grossschreibung hervorgehoben, da mit den Begriffen gesellschaftlich wirkungsvolle Kategorien beschrieben werden sollen und keine äusserlichen Zuschreibungen.

3 Man spricht auch von «kulturellem Rassismus» oder von «Rassismus ohne Rassen», vgl. Stuart Hall (1989): Rassismus als ideologischer Diskurs. In: Das Argument Nr. 178. und Etienne Balibar, Immanuel Wallerstein (1992): Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg: Argument Verlag.

4 Vgl. Sadri Khiari (2006): Pour une politique de la racaille. Les éditions Textuel, Paris

5 Wie Rassismus und Sexismus – vgl. die Diskussionen um die Verschränkung unterschiedlicher Herrschaftssysteme in der Debatte um Intersektionalität.

6 Wie jener der ausländischen Belegschaft der Pizzeria Molino. Vgl. Debatte Nummer 12 - März 2010: Lionel Roche und Guy Zurkinden, Die Pizzen der Molino AG.

So genannte Sozialfirmen werden von Regierungen und Expert_innen, aber auch von Hilfswerken wie der Caritas als neues Instrument im Kampf gegen Erwerbslosigkeit gefördert. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich, dass nicht die Erwerbslosen am meisten davon profitieren.

Avji Sirmoglu*

Ein Blick in die Armutsindustrie

Seit März 2011 hat auch Basel einen Betrieb der Dock Gruppe AG.¹ Es handelt sich um eine 100%ige Tochterfirma der Stiftung für Arbeit², welche 1997 in St. Gallen zusammen mit dem Gewerbeverband, dem Ge-

Personen wieder eine Arbeitsstelle gefunden. **60 Einsatzplätze gibt es bei Dock Basel, welche bis auf 100 erweitert werden sollen.** Nicole Wagner sieht bei Angeboten für Langzeitarbeitslose im Stadtkanton einen

nehmende» (hauptsächlich für Sozialhilfebeziehende), wollen aber durchaus auch «Gewinne am Markt erwirtschaften». Dabei wird erwartet, dass sie mindestens die Hälfte des Aufwands am Markt erwirtschaften, aber Stellen im ersten Arbeitsmarkt nicht konkurrenzieren dürfen. Ein Widerspruch, aber darüber sehen die Anhänger_innen der Sozialfirmen hinweg. Bis heute fehlen Statistiken dazu, was für neue Stellen Langzeitarbeitslose im ersten Arbeitsmarkt gefunden haben: Für wie lange, zu welchen Arbeitsbedingungen und zu welcher Entlohnung?

Wer macht sich Gedanken darüber, was hier geschieht? Die Erwerbslosen haben eine schwache Lobby. Ein Blick nach Deutschland erhellt das Ganze. Ein sehr guter Dokumentarfilm berichtet über diese neuen Märkte: «Die Armutsindustrie» von Eva Müller.⁶ Es geht um Jobs, die in Billiglohnländer verlagert worden waren und wieder zurückgeholt wurden. Die Lohnkosten bezahlt nun der Staat. Erwerbslose führen diese Arbeiten aus – wer profitiert davon? Die privaten Unternehmer könnten nicht produzieren ohne die Arbeitslosen, deren Arbeitskraft sie umsonst erhalten. Die Beschäftigten werden gefragt: Wird diese Arbeit Ihnen wieder den Zugang in den «richtigen» Arbeitsmarkt bringen? Nein, der erste Arbeitsmarkt interessiert sich nicht für Menschen aus Sozialfirmen. Die sind abgestempelt.



Daniela Merz, CEO der Dock-Gruppe.

«Im Durchschnitt sind die Menschen eineinhalb bis zwei Jahre lang bei Dock tätig.»

werkschaftsbund und den beiden Landeskirchen gegründet wurde. Inzwischen gibt es Docks in Arbon, St. Gallen, Gossau, Buchs, Winterthur, Zürich, Limmattal und Luzern. Als Ziel gilt die Arbeitsplatzbeschaffung für ausgesteuerte Langzeitarbeitslose und die mittel- und längerfristige Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Das Areal in Basel gehört der Christoph Merian Stiftung, welche der Dock Gruppe AG die Gebäude vermietet. Dock Basel ist gemäss Aussage von Regierungsrat Christoph Brutschin provisorisch für ein Jahr in der Stadt.

Die neue Vorsteherin der Sozialhilfe Basel-Stadt, Nicole Wagner, ist überzeugt, dass Dock etwas Sinnvolles sei.³ **Inzwischen hätten drei als schwer vermittelbar geltende**

wachsenden Bedarf. Deshalb soll die Zahl solcher Jobs bis Ende 2012 auf 200 verdoppelt werden. Neben der Dock-Gruppe sollen weitere Anbieter zum Zug kommen.⁴ Die Stiftung für Arbeit beschäftigt schweizweit **insgesamt 1'100 Langzeiterwerbslose.** Im Durchschnitt sind die Menschen eineinhalb bis zwei Jahre lang bei Dock tätig.

Ein kleiner Widerspruch

Laut dem Bericht des Bundesrates: «Gesamtschweizerische Strategie zur Armutsbekämpfung»⁵ vom März 2010 (S. 77-78), verfolgen Sozialfirmen ein doppeltes Ziel: sie bieten Arbeitsplätze für «eingeschränkt arbeitsmarktfähige Arbeit-

Normale Arbeit, kein normaler Lohn

Zwei Jahre lang bezahlt der Staat für einen Arbeitslosen. Da taucht er in keiner Arbeitslosenstatistik mehr auf. Die Beschäftigten führen normale Arbeit aus, aber zu welchen Löhnen? Im ersten Arbeitsmarkt müssten sie das Doppelte erhalten. Eine Arbeitswelt, die vom Staat subventioniert wird, wächst und wächst. Sie baut Häuser, legt Fussböden, lässt gute handwerkliche qualifizierte Arbeiten ausführen oder bietet haushaltsnahe Dienstleistungen an. Die Sozialfirma bekommt 12 Euro pro Stunde für eine Putzfrau; die Putzfrau erhält vom Staat ein Euro plus Arbeitslosengeld. Was ist gemein-

nützig an einem 1-Euro-Job? Sollten die Arbeitslosen nicht regulär entlohnt werden und angestellt werden? Die privaten Anbieter wissen schlagfertig zu antworten: Jeden Tag aufstehen und etwas machen, was einem Spass macht, darum gehe es. In den Gesprächen mit den beschäftigten Arbeitslosen zeigt sich jedoch, dass sie das Ganze sinnlos finden und teilweise depressive Zustände erleben. Man kommt sich wie ein Objekt vor, das beschäftigt werden muss. Egal wie.

Eigenverantwortung

2008 wurden in Deutschland 1'400 neue private Anbieter zur «Qualifizierung» von Arbeitslosen zugelassen. Sieben Milliarden Euro hat der Staat ausgegeben dafür. Die Schweiz entwickelt sich in grossem Tempo in dieselbe Richtung. In einem BAZ-Interview vom 11. Januar 2010⁷ mit Daniela Merz, CEO der Dock-Gruppe AG und Schwiegertochter von Ex-Bundesrat Merz, sagt sie: «Ich lebe Eigenverantwortung vor.» Sie zeigt, wie man Arbeitslose günstig integriert. Dafür erhält sie von der Sozialhilfe das notwendige Geld, denn diese zahlt die Bruttolohnkosten. Pro Person hat die Sozialhilfe damit Zusatzkosten von 555 Franken pro Monat; hinzu kommt eine einmalige Anmeldegebühr bei Dock von jeweils

Beschäftigungsgrad beträgt zurzeit 50%, die Probezeit drei Monate. Der Arbeitsanfall richtet sich nach den Bedürfnissen der Arbeitgeberin und der Arbeitnehmer hat keinen Anspruch auf Beschäftigung. Der Grundlohn ist 10 Franken plus 13,04% Ferien- und Feiertagsentschädigung, 8,33% Anteil 13. Monatslohn, d.h. total Fr. 12.13 pro Stunde. Davon werden die Beiträge für die Sozialversicherungen abgezogen. Überstunden müssen durch Freizeit kompensiert werden. Ein wesentlicher Punkt ist: Die Beschäftigten können für Temporäreinsätze vermittelt werden. Während der Einsatzdauer bleiben sie bei der Dock AG angestellt.

Beschäftigung um jeden Preis?

Deutschland und die Schweiz sind exportorientierte Volkswirtschaften. Wenn Massen von Erwerbslosen gratis arbeiten, lässt sich Gewinn in Bereichen erwirtschaften, die sonst ausgelagert würden. Leider wehren sich nur wenige Angestellte von Sozialfirmen. Meistens kennen sie ihre Rechte nicht und haben Angst vor Sanktionen. Manche lechzen nach irgendeiner Beschäftigung und Tagesstruktur, sind doch viele von ihnen Fremdbestimmte, erzogene Unselbstständige. Die Identifikation mit der Erwerbsarbeit ist sehr gross. Bei Verlust verbleibt ein grosser leerer Raum, der wie unter Zwang

«Wenn Massen von Erwerbslosen gratis arbeiten, lässt sich Gewinn in Bereichen erwirtschaften, die sonst ausgelagert würden.»

800 Franken. Die Beschäftigten erhalten bei einem 100%-Einsatz 335 Franken zusätzlich zur Sozialhilfeunterstützung. In Basel sind Einsätze bei Dock freiwillig, gemäss schriftlicher Bestätigung des Regierungsratspräsidenten.

Im Dock Basel erledigen sie hauptsächlich Recycling-Arbeiten. Neuerdings gibt es auch Aufträge von der Sulzer AG, für handwerkliche Feinarbeiten. Dock Basel stellt Anstellungsverträge⁸ für Arbeit auf Abruf aus. Der

schnell wieder ausgefüllt werden muss. Die Chance, vertieft nachzudenken und sich selber bestimmen zu lernen sowie das gesamte in seinen Zusammenhängen anzuschauen, wird oftmals verpasst und auf die Seite geschoben. Dass es um mehr geht als um Beschäftigung zu jedem Preis.

Daniela Merz und alle Sozialfirmen könnten damit beginnen, den Beschäftigten Existenzsichernde Löhne zu zahlen und richtige Arbeitsverträge auszustellen. Aber das rentiert

nicht. Sie treten als die grossen Retter auf. Aber den Erwerbslosen durch den Staat subventionierte niederschwellige Arbeit zu geben und sie dafür nicht einmal richtig zu entlohnen, das ist ein leichtes Spiel. ♦

**Avji Sirmoglu ist Vorstandsmitglied der Liste13 gegen Armut und Ausgrenzung in Basel*

1 http://www.dock-basel-stadt.ch/sfa_cms/index.php?id=207

2 http://www.pro-dock.ch/sfa_cms/index.php?id=120

3 http://kurierzentrale.ch/home/firma/medien/presse/content/03/file/EM_BaZ.pdf

4 www.der-arbeitsmarkt.ch/arbeitsmarkt/de/aktuell/newsticker/707775/Sozialfirma_Dock_Basel_mit_60_Langzeitarbeitslosen_gestartet

5 www.bsv.admin.ch/themen/gesellschaft/00074/01973/index.html?lang=de

6 www.wdr.de/tv/diestory/team/mueller.jsp

7 BAZ: Montag, 11. Januar 2010, Seite 7, Interviewer Timm Eugster

8 Eine Kopie eines Anstellungsvertrages liegt der Redaktion vor.

Gemeinsam

*Vergesst nicht
Freunde
wir reisen gemeinsam
besteigen Berge
pflücken Himbeeren
lassen uns tragen
von den vier Winden
Vergesst nicht
es ist unsre
gemeinsame Welt
die ungeteilte
ach die geteilte
die uns aufblühen läßt
die uns vernichtet
diese zerrissene
ungeteilte Erde
auf der wir
gemeinsam reisen*

Rose Ausländer

Viel hat man gelesen über die andauernden Revolutionen in diversen arabischen Ländern. Aus kultureller Sicht wurde jedoch wenig berichtet. Der tunesische Filmschaffende Ridha Tlili liefert seine Überlegungen zum vergangenen und aktuellen Filmschaffen in arabischen Ländern.*

Ridha Tlili*

Das Kino und die arabische Revolution

«Wenn das Volk eines Tages leben will, so muss das Schicksal antworten, so muss die Dunkelheit weichen, so müssen die Ketten brechen.»

Diese Verse sang die tunesische Bevölkerung 1956 gegen die Kolonialmacht. Die Botschaft war klar: *«Raus aus unserem Land, wir wollen Freiheit, zieht euch zurück und lasst uns in Frieden leben.»* Nun, nach 55 Jahren Unabhängigkeit, erklang das Lied erneut in Tunesien.

Im Unterschied zu damals ist derjenige, der heute die demonstrierende Bevölkerung beschissen liess, kein Kolonialist sondern ein Einheimischer, der das gleiche kollektive Gedächtnis mit uns teilt. Ich frage mich, ob die tunesischen Filmschaffenden die Realität des Landes wirklich spiegelten, oder ob sie eher Propaganda und Illusionen verbreitet haben.

Es sind solche Fragen, die in mir aufsteigen, wenn ich ein sechs-jähriges Mädchen im Film «Die Revolution in den Augen der Kinder» sehe. Sie sagt: *«Ich hasse die Polizei... Ich will leben, ich will nicht sterben, ich will, dass wieder Ruhe einkehrt.»*

In der Zeit unter Ben Ali kontrollierte die Polizei die kleinsten Regungen. In einem Polizeistaat wird sogar das eigene Atmen registriert. Alles ist verdächtig und es herrschen, wie im Film «Ayakan», Zweifel und Verstörung über das Leben der Menschen. Schweigen muss man, natürlich, aber darüber hinaus auch noch Angst haben.

Mehrheitlich wurden Filme, die unter dem Regime Ben Alis gedreht wurden, staatlich subventioniert. Sie erzählen Geschichten aus der Zeit vor der Unabhängigkeit oder Autobiografisches. Es ist eine Flucht in die Vergangenheit.

Frauen überwinden Hindernisse

Die tunesische Schauspielerinnen Rabiaa Ben Abdallah spielte jeweils die Hauptrolle in den Filmen «Zeit der Männer» von Mufida Tlatli und «Blume des Vergessens» von Selma Baccar. In beiden Geschichten sucht sie sich von Traditionen zu befreien und Hindernisse auf ihrem Weg zu überwinden.

Das Bedürfnis nach Liebe und Ruhe ist in beiden Filmen zentral, wenn auch in verschiedener Weise. In «Blume des Vergessens» findet sie in einer psychiatrischen Klinik Schutz, in die sie wegen Haschischsucht eingeliefert wurde. In «Zeit der Männer»

sucht, auch wenn die Geschichten sich oft wiederholen und teils orientalistische Vorstellungen über die tunesische Gesellschaft reproduzieren, die längst nicht mehr stimmen für diese im schnellen Wandel begriffene Welt.



Filmstill aus «Schlacht um Algier» von Gillo Pontecorvo, 1966.

«Ich frage mich, ob die tunesischen Filmschaffenden die Realität des Landes wirklich spiegelten, oder ob sie eher Propaganda und Illusionen verbreitet haben.»

geht sie den umgekehrten Weg, zurück zu ihrem Ursprung.

Tunesische Journalisten haben viel über die beiden Filme geschrieben, und fanden zahlreiche Parallelen zur heutigen Zeit. Die Frauen in Tunesien kämpfen noch immer für ihre Freiheit und Unabhängigkeit gegenüber der Macht der Männer.

Rechtlich sind zwar einige Fortschritte erzielt worden, jedoch reicht dies nicht aus, um die Mentalitäten zu verändern. Es braucht einen genaueren Blick auf die Lage der tunesischen Frauen. Der Blick der Frauen auf die weibliche Lebenssituation wurde unter ästhetischen Gesichtspunkten unter-

Das tunesische Filmschaffen brachte knapp 100 Spielfilme hervor. Den Anfang machte Omar Khelifi 1966. Auch in seinem späteren Werk ist der Einfluss der Unabhängigkeitsbewegung unübersehbar. Seine Filme sind eher romantisch geprägt. Es kommen immer lange musikalische Szenen mit einem Sänger vor, wie in den kommerziellen ägyptischen Filmen der Zeit.

Nach der Unabhängigkeit kommt die Propaganda

Omar Khelifi konnte die Komplexität der Lage nach der Unabhängigkeit nicht wirklich

«Die Umwälzung in Ägypten entstand nicht aus dem Nichts. Die beiden Regisseure hatten die Hellsichtigkeit, diese nahende Realität zu spüren.»

erfassen. Er konnte das Schicksal der wahren Rebellen in verschiedenen Gegenden Tunesiens, nachdem Bourguiba an die Macht gelangte, nicht wiedergeben. Bourguibas Nachfolger Ben Ali setzte auf die gleiche Politik der Repression und Ungerechtigkeit.

Und in einer solchen benachteiligten Region geschah am 17. Dezember 2010 die Selbstverbrennung von Mohamed Bouazizi. Der Funken seiner rebellischen Seele verbreitete sich über das ganze Land. Das Volk trug Fahnen und verlangte eine echte Unabhängigkeit – nicht jene der Filme von Omar Khelifi.

In Algerien waren die ersten Filme Taten des Widerstands. Das algerische Filmschaffen hat heute noch eine führende Rolle für die arabischen Länder inne. Es entstand aus dem Unabhängigkeitskrieg. Manche Filmschaffenden beteiligten sich am Kampf und bezahlten mit ihrem Leben. Die Filme überlebten als Negative versteckt in anderen Ländern wie Jugoslawien, um das Material von der kolonialistischen Zerstörung zu schützen.

Im Film «Schlacht um Algier» sieht man am Schluss, wie die französische Armee auf Demonstrationen schießt. Auf dem Trottoir liegen Leichen, jedoch weichen die Demonstrant_innen nicht zurück. Sie schreien: «Verlasst unser Land!» Eine Aufforderung, welche die Kolonialmacht nur schwer akzeptieren konnte.

Nach der Unabhängigkeit haben algerische Filmschaffende eher persönliche Geschichten erzählt. In «Omar Gatlou» zeigt der Regisseur Merzak Alouach eine Hauptfigur, die die Zuschauenden direkt anspricht und Teile seines Lebens erzählt, eines ganz normalen Lebens, das sich langsam entfaltet.

Der Darsteller spaziert in den Strassen von Algier, sieht Häuser und Büros, hört Musik, sucht die Liebe, langweilt sich – und ich langweile mich dabei auch. Vielleicht sind diese Autorenfilme mit der Zeit etwas langweilig geworden, in denen es vor allem um die persönliche Befriedigung geht. Danach fragt man sich: Warum lebt die Hauptfigur denn ein solches Leben? Dass dieses Leben

verloren ist, was ist der Nutzen davon? Welches Anliegen vertritt es?

Für eine Revolution der Bilder

Im Film «Inland» von Tariq Teguiä lädt uns die Figur des Malek zu einer Reise in eine abgelegene Region Algeriens ein. Von Beruf ist Malek Topograph. Wir überqueren mit ihm Minenfelder und streichen durch verbrannte Wälder, Folgen des Bürgerkriegs der 1990er Jahre. «Inland» schafft der Leere und der Stille Raum. Der Regisseur zeigt uns die Realität des Algeriens von heute, aus einer tief empfundenen persönlicher Sicht.

Andere algerische Filmschaffende zeigen ebenfalls ein persönliches Universum. Khaled Ben Issa ist ein gutes Beispiel dafür. Seine Filmsprache mischt Realität mit Surrealem, um Algerien nach dem Bürgerkrieg darzustellen. Er filmt das Unbestimmte, das Schwankende. Man hört von einem Attentat, die Menschen fliehen, ausser einem alten Herrn, der ganz ruhig auf seinem Balkon verbleibt. Diese Einstellung erinnert an ein algerisches Sprichwort: «Im ausgetrockneten Flussbett verbleiben nur die Kieselsteine.» Der alte Mensch steht vielleicht für eine ganze Generation, die Algerien verteidigt hat und noch immer Widerstand gegen die Zerstörung übt.

Sehr präsent ist die Realität auch im ägyptischen Film «Chaos» von Khaled Youssef und Youssef Chahine. Der Streifen stellt die Grausamkeit Ägyptens dar, wo die korrupte Macht ihre Privilegien um jeden Preis verteidigt, fern von jeglichen ethischen Überlegungen oder moralischen Werten. «Chaos» zeigt, dass Film manchmal die Zukunft voraussagen kann. Die Umwälzung in Ägypten entstand nicht aus dem Nichts. Es war bereits alles im Regime angelegt, was sein Ende herbeiführte. Khaled Youssef und Youssef Chahine hatten die Hellsichtigkeit, diese nahende Realität zu spüren.

Ein weiterer Filmschaffender aus Ägypten,

Ibrahim Batout, steht für Kino in Ausnahmezeiten. Er sagt: «Lieber mache ich Filme, die technisch nicht hervorragend sind: Hauptsache, es gibt diese Filme.»

Sein Werk «Eyes of Sun» zeigt das Leiden der Kinder und die Ungerechtigkeit der



Der tunesische Filmschaffende Ridha Tlili.

Macht. Der Film ist eine Reise zwischen den Vororten von Kairo und dem Irak, wo alle Kinder gesundheitlich geschädigt sind oder infolge des Kriegs an Krebs leiden. Unabhängiges Kino, das gerade erst geboren wird. Ägypten, Algerien, Tunesien: In allen drei Ländern versucht eine neue Generation von Filmschaffenden, die Realität näher einzufangen. Ihr Kampf für den unabhängigen Film überwindet exotische Klischees und Propaganda.

So viele Bilder zur jüngsten Revolution gingen um die Welt, von Laien mit ihren Handys oder Videokameras aufgenommen. Damit zeigten die Menschen, was wirklich vor Ort geschieht, und brachen das Informationsmonopol des Staates. Heute besteht die Hoffnung, dass die Revolution auch die Bilder erfasst, und dass diese Bilderrevolution der realen in nichts nachstehen wird. ♦

* Ridha Tlili sprach am 19. Oktober 2011 im Rahmen der Veranstaltungsreihe «Nordafrika in Bewegung» im Stadtkino Basel, im Anschluss an die Aufführung seines Filmes «Ayankan».

Im Frühling dieses Jahres haben wir eine Diskussion zum Begriff der Avantgarde eröffnet. Angefangen mit Alain Bihrs Artikel «Zum Begriff der Avantgarde», der in der *Debatte* 16 und 17 erschienen ist, folgte Peter Streckeisens Beitrag «Avantgarde und Wissenschaft» (D18). Der folgende Artikel versucht, die Notwendigkeit einer Avantgarde am Beispiel Griechenlands zu verdeutlichen. (Red.)

David Soofali

Für eine neue Avantgarde

Alain Bihr grenzt seine Vorstellung der Avantgarde strikt von derjenigen eines allwissenden Machtgremiums ab, das über die Geschicke einer Partei, einer Bevölkerungsgruppe oder gar eines Landes waltet. Er versteht die Avantgarde als «vorderste Spitze einer sozialen Bewegung», als «ihren suchenden Kopf», die den theoretischen und prakti-

Pflicht, zu fragen, unter welchen Bedingungen heute eine positiv definierte Avantgarde entstehen kann – und was wir, als Einzelpersonen und als Kollektiv, dazu beitragen können.

Dazu gehört natürlich auch, das Aufkommen künftiger oder gegenwertiger «Machtcliquen» sowie alle Tendenzen unserer eige-

sem Fall überhaupt von Avantgarden sprechen sollten. Ich denke, das sollten wir nicht. Aber wir sollten uns um eine positive Neubestimmung des Begriffes bemühen. Genauso, wie wir damit zu kämpfen haben, dass der «real existierende Sozialismus» die Idee des Sozialismus als Projekt der Selbstbefreiung der Arbeiter_innenklasse diskreditiert und verunglimpft hat, haben wir heute verständlicherweise auch Mühe, für den Begriff der Avantgarde einzustehen, ohne in den Verdacht des Autoritarismus, der Besserwissererei oder des Stalinismus zu geraten. Auch dass wir – als Produkt dieser Geschichte – immer wieder Gefahr laufen, dieselben oder ähnliche Fehler zu begehen, ist insofern erklärbar (wenn auch nicht entschuldbar). Wer aber heute zum Schluss kommt, trotz der historischen Erfahrungen weiterhin für das Projekt des Sozialismus zu kämpfen, hat keinen Grund, vom Begriff der Avantgarde abzusehen. Genauso, wie die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts – trotz oder auf Grund aller Fehlschläge – wichtige Erkenntnisse für eine künftige demokratische und sozialistische Linke liefert, liefert sie auch Erkenntnisse darüber, wie diese Linke in Zukunft ihre Funktion als Teil einer revolutionären und antikapitalistischen Avantgarde wahrnehmen könnte. Genau darin sehe ich auch ihre Aufgabe.

Das Beispiel Griechenland

Jede soziale Bewegung ist durch eine mehr oder weniger heterogene Zusammensetzung geprägt. In jeder Bewegung entstehen gewisse Formen von Arbeitsteilung und unterschiedliche Herangehensweisen. Daraus geht aber nicht zwangsläufig eine Avantgarde im positiven Sinne hervor. Dass aber ein «Pol von Avantgarden» (Bihr) vor allem in Zeiten gesellschaftlichen Umbruchs dringend notwendig ist, kann an Hand der Situation Griechenlands verdeutlicht werden.

Aris Leonas fasst in seinem Artikel «Regierung ohne Volk»¹ die jüngsten Mobilisierungen wie folgt zusammen: *«Breite Studentenmobilisierungen und Aufstände 2006 (...);*



Die NPA (Neue Antikapitalistische Partei) in Frankreich: Ein Versuch, einen Grossteil der französischen Linken in ein gemeinsames Projekt einzubinden.

nen politischen Praxis und innerhalb unseres Umfeldes, die in diese Richtung gehen, als Negation der Avantgarde konsequent zu bekämpfen. Wie schon erwähnt, kann sich eine Avantgarde nicht selbst ernennen oder bestimmen, aber wir können als Kollektiv darauf hinarbeiten, das zumindest die Grundvoraussetzungen wieder gegeben sind: Aufbau demokratischer und transparenter Strukturen, Entscheidungsfindung von unten nach oben, die von allen respektiert wird, Bereitschaft zur Kritik und Kritikfähigkeit in allen Bereichen, Aufbau einer demokratischen und ehrlichen Diskussionskultur, Überwindung des sektiererischen und arroganten Denkens.

«Real existierende Avantgarden»

Peter Streckeisens weist in seinem Beitrag darauf hin, dass die bisherigen «real existierenden Avantgarden» Bihrs Idealtypus nicht entsprochen haben und fragt, ob wir in die-

schen Horizont der Bewegung erforscht. Ihre Erkenntnisse und Einschätzungen muss sie der Gesamtheit des Kollektivs unterbreiten und zur Diskussion stellen. Ein Führungsanspruch besteht nicht, ein alleiniger schon gar nicht. Weiter betont er, dass es zwangsläufig eine Pluralität von Personengruppen, Netzwerken, Organisation usw. gibt, die – jeweils in einem Bereich und zu einer Zeit – den Status einer Avantgarde erreichen können. Dass Bihrs Vorstellungen der «idealen» Avantgarde nichts mit derjenigen einer selbst zur Avantgarde erklärenden, herrschsüchtigen und autoritären Machtclique zu tun hat, legt er unmissverständlich dar. Und Alain Bihr ist mit seiner Definition gewiss nicht alleine. Den Verfechter_innen des Avantgardekonzepts daher grundsätzlich Herrschsüchtigkeit, Arroganz oder Besserwissererei vorzuwerfen, schießt am Ziel vorbei. Wohl aber stehen wir als politische Aktivist_innen und Vertreter_innen eines revolutionären und sozialistischen Projektes in der

«Die vermeintliche Gewissheit, die einzig richtige Strategie für den Klassenkampf bereit zu haben, trägt zur Unfähigkeit der Zusammenarbeit bei und ist somit nicht Ausdruck einer Avantgarde, sondern eher ihrer Abwesenheit.»

wochenlange Aufstände von Jugendlichen im Dezember 2008 nach dem Mord an einem Teenager durch die Polizei; Massendemonstrationen; 13 Generalstreiks; die Bewegung der Indignados nach dem Vorbild aus Spanien; Besetzung öffentlicher Plätze und Streiks in Schlüsselindustrien (...).» Diese knappe Aufzählung ist zwar unvollständig, deutet aber darauf hin, dass die griechische Gesellschaft zu den am meisten politisierten in Europa gehört. Trotz all dieser Bemühungen konnten die tiefgreifenden Angriffe der Troika (EU, EZB, IWF) sowie der griechischen Regierung nicht gestoppt

und zu kritisieren, zum anderen die Gemeinsamkeiten der verschiedenen Anliegen und Bedürfnisse innerhalb des Widerstandes **(von den Staatsangestellten über die Taxifahrer und die Privatbeschäftigten, bis hin zu den Studierenden, Arbeitslosen und Migrant_innen)** aufzuzeigen und zu synthetisieren. Schliesslich müsste sie daraus auch gemeinsame politische Forderungen ableiten, die klar verständlich sind und hinter denen ein Grossteil der Bevölkerung stehen kann. Auf praktischer Ebene stünde sie in der Pflicht, zur Verständigung und zur Zusam-

«Marxismus als Wissenschaft» bemächtigt hat, um politisch Andersdenkende zu denunzieren. In der Tat beschuldigen sich auch die verschiedenen griechischen Organisationen (und ihre intellektuellen Exponenten) gegenseitig der falschen Analyse und sehen deswegen von einer ernsthaften Kooperation ab. Die vermeintliche Gewissheit, die einzig richtige Strategie für den Klassenkampf bereit zu haben, trägt hier zur Unfähigkeit der Zusammenarbeit bei und ist somit nicht Ausdruck einer Avantgarde, sondern eher ihrer Abwesenheit.

«Wer heute zum Schluss kommt, trotz der historischen Erfahrungen weiterhin für das Projekt des Sozialismus zu kämpfen, hat keinen Grund, vom Begriff der Avantgarde abzusehen.»

werden. Die Kaufkraft einiger Bevölkerungsschichten ist um bis zu 50 Prozent gesunken, die Arbeitslosigkeit nimmt rapide zu, Geschäfte, Betriebe und Restaurants gehen zu Tausenden Pleite. Leonas dazu: *«Die Menschen äussern (...) ein tiefes Gefühl von Verzweiflung. Ihnen fehlt eine klare Vorstellung von möglichen Alternativen. Panik und ein allgemeines Gefühl des ökonomischen, politischen und vor allem sozialen Zusammenbruchs sind weit verbreitet.»*

Keine Avantgarde in Sicht

Trotz bevorstehender Rezession, ständiger Angriffe auf die sozialen Rechte der Bevölkerung Griechenlands, dem drohenden Staatsbankrott und der hohen, vielfältigen und auch mutigen Widerstandsbereitschaft der Menschen, fehlt es an Alternativen. Die stark zersplitterte und fragmentierte Linke Griechenlands² indessen schafft es nicht, ihre internen Differenzen für den Moment zurückzustellen und den Widerstand glaubwürdig und mit guten Vorschlägen zu unterstützen. Es wäre genau die Aufgabe der zahlreichen antikapitalistischen Organisationen und Bündnisse, zu versuchen, die Rolle einer Avantgarde einzunehmen: Zum einen gemeinsam die Ursachen und Bedingungen der Probleme Griechenlands zu analysieren

menarbeit der verschiedenen Widerstandsformen beizutragen, ohne diese zu vereinnahmen und zu unterdrücken.

Panos Petrou, selbst Mitglied der Internationalen Arbeiterlinken (DEA), beschreibt in seinem Artikel «Ruining the lives of Greek workers»³ das Problem der Linken wie folgt: *«Die Tatsache, dass die bisherigen Auseinandersetzungen mit der Regierung (...) kein Erfolg brachten, ist ein weiterer Faktor der Demoralisierung (der Bevölkerung). (...) Alle Parteien und Organisationen der Linken unterstützen die neue Bewegung, allerdings ist der Mangel an gemeinsamer Aktion ein ernsthaftes Hindernis.»*

Auch wenn die Stärke des griechischen Widerstandes – angesichts der immer härter werdenden Repression und des hohen Tempos, mit dem sich ihre Lebensbedingungen verschlechtern – beeindruckend ist, so ist die Entstehung einer Avantgarde, eines «suchenden Kopfs der Bewegung», der den «theoretischen und praktischen Horizont» auskundschaftet, bisher ausgeblieben.

Besserwissenschaft

Peter Streckeisen verweist in seinem Beitrag darauf, dass sich der historisch mit der Selbstproklamation zur Avantgarde verknüpfte Wahrheitsanspruch oft der Idee des

Allerdings wäre es der falsche Weg, wenn wir deswegen die Idee einer der bürgerlichen Wissenschaft überlegenen marxistischen Wissenschaft grundsätzlich in Frage stellten. Um bei Griechenland zu bleiben: Die ökonomischen, politischen und sozialen Probleme in Griechenlands lassen sich besser mit dem Verweis auf die soziale Ungleichheit, das Nord-Südgefälle innerhalb Europas und der fallenden Profitrate erklären (marxistischer Ansatz), als mit der «Faulheit» und «Korruption» des griechischen Volkes oder dem «aufgeblähten» Staatsapparat (bürgerlicher Ansatz). Den unterschiedlichen Position und Theorieansätzen ihre unterschiedliche Qualität abzuspüren, würde zu Beliebigkeit führen und auch sämtliche Theorien mit ihren unterschiedlichen Ansprüchen nicht ernst nehmen. Ich plädiere also dafür, daran zu arbeiten, die «Besserwissenschaft» durch Kritikfähigkeit und eine gesunde Skepsis gegenüber der eigenen Praxis zu überwinden, die Vorstellung von Wissenschaftlichkeit (und Objektivität) aber aufrechtzuerhalten. Dies wird einer der zahlreichen Herausforderungen sein, der sich eine künftige Avantgarde stellen muss. ♦

¹ Erschienen in der Sozialistischen Zeitung (SOZ) im November 2011.

² Ein kleines Partei- und Organisationsverzeichnis Griechenlands findet sich auf www.links-netz.de/K_texte/K_triandafilidou_griechenland.html.

³ Siehe <http://socialistworker.org>, Ruining-the-lives-of-greek-workers.

IMPRESSUM

Herausgeber: Verein pro *Debatte* c/o **Bewegung für den Sozialismus**,
Postfach 2002, 4001 Basel. PC 60-127876-2.

Redaktion: Hanspeter Gysin, Avji Sirmoglu, Lothar Moser, Sarah Schilliger,
David Soofali, Peter Streckeisen, Karin Vogt, Maurizio Coppola, Annette
Erzinger

Druck: Deltagraph Biel

Kontakt: kontakt@debatte.ch



Agenda

Lesekreise zu marxistischer Literatur

Auch 2012 finden in Bern und Basel Lesekreise zu marxistischer Literatur statt. Alle zwei Wochen treffen wir uns, um aktuelle und klassische Literatur rund um den Marxismus kritisch zu diskutieren. Die Teilnahme steht allen Interessierten offen!

Anmeldung Bern: collettivo@gmx.ch

Anmeldung Basel: info@bfs-basel.ch

Filmabende in Basel

Jeden zweiten Samstag zeigt die BFS Basel kapitalismuskritische und widerständische Filme.

Wo: Wallstrasse 10, 4051 Basel, nahe Bahnhof

Wann: Jeden zweiten Samstag um 20:00. Genaue Daten und Filmauswahl siehe Homepage / Facebook BFS Basel

DEBATTE ABONNIEREN

Abonniere die *Debatte* für **Sfr. 20.-** ein Jahr lang (4 Ausgaben)!

Verwende dazu den beiliegenden Einzahlungsschein mit dem Vermerk «Abo»

Solidaritäts-Abonnement: ab Sfr. 50.- pro Jahr

Diese Zeitung wird ausschliesslich von ehrenamtlich arbeitenden Redaktorinnen und Redaktoren gemacht. Trotzdem fallen im Zusammenhang mit Druck und Versand der *Debatte* erhebliche Kosten an. Für Spenden sind wir deswegen dankbar! Spenden an: PC 60-127876-2, Vermerk «Spende»

Debatte-Online www.debatte.ch

BFS Zürich www.bfs-zh.ch

BFS Basel www.bfs-basel.ch

BFS Romandie | À l'encontre www.alencontre.org

BFS-Junge Romandie <http://cerclelabreche.wordpress.com>

BFS Tessin | Solidarietà www.mps-solidarieta.ch



Debatte | BFS Zürich | BFS Basel
cerclelabreche | Giovani mps Ticino

